

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Insowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3359.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Rüste, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate f. d. vierspalt. Petitzeile od. deren Raum 30 A.
Bergnügungs-Anzeigen 15 A, Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 A pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Kollegen allerorts!

Gedenket am Weltfeiertage all' unserer gegenwärtig sich im Kampfe um Verkürzung der Arbeitszeit und Erringung besserer Löhne befindlichen Kollegen, und helfet mit beitragen zu ihrem Siege!

Lohnbewegung.

Magdeburg. (Telegramm.) Tischler stehen im Streik. Zugang streng fernhalten. Gorgas.

Zugang ist streng fernzuhalten: Von Tischlern nach Dessau, Kassel (Werkstätte Preusch), Guben, Weiskensee, Erfurt, Finsterwalde, Burg b. Magdeburg (Möbelfabrik E. Gräfe), Kiel, Pirschberg, Kottbus (Firma Mittag), Hagen i. W. (Freitag's Werkstätte), Merseburg, Alfeld i. S., Ludwigshafen,örde i. W., Samela, Barmen, Elberfeld, Isehoe und Wilhelmshaven; von Tischlern und Drechslern nach Stettin, Grabow, Gredow und Wildbrunn; von Tischlern und Glasern nach Schweinfurt; von Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Lübeck; von Drechslern nach Bernau (Söhle's Werkstätte); von Schreibern und Wagnern nach Karlsruhe i. W.; von Tischlern und Bildhauern nach Frankfurt a. M. (Hofmöbelfabrik Schneider & Hanau); von Stuhlbauern, Drechslern, Bildhauern und Polstern nach Geringwalde; von Tischlern, Drechslern und Bürstenmachern nach Ludenwalde; von Tischlern, Drechslern, Stuhl- und Polstern nach Blomberg; von Stuhl- und Möbelschreibern nach Radeberg i. S. (Roh & Kiffig).

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; im anderen Falle freichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

Der erste Mai und der Achtstundentag.

Die eilige Kälte des Winters ist gebrochen. Maienluft weht. Wald und Flur prangen im schönsten Frühlings-schmuck. Mit dem sprossenden Grün, mit der Entfaltung der Blumenflora, mit dem warmen Sonnenschein nach winterlichen Stürmen und Kälte kehrt in jede Menschenbrust neues Hoffen ein. Die Armen und Vermissten, sie Alle, die Unterdrückten und Geknechteten, die Stiefkinder unserer Mutter Erde, auch sie athmen auf, wenn sie sich, wenn auch nur auf wenige Stunden, dem Arbeitsjoch entrückt, draußen in der Natur erfrischen können.

Die Sonne scheint ja auch für sie; ihre Strahlen erwärmen ja nicht nur die Reichen, sondern alle Menschen, die Natur grünt nicht nur für die wirtschaftlich Bevorrechteten, auch den Armen sind ihre Reize und Würze nicht vorenthalten. Alle Menschen sollen sich an ihr laben und erfreuen dürfen, Niemand soll ausgeschlossen, Niemand bevorzugt, Keiner zurückgesetzt sein.

Und doch, wie ganz anders sieht es aus! Millionen von Menschen können sich nicht erfreuen an dem vielgerühmten blauen Himmel, an dem schönen, frischen Grün auf den Fluren, können nicht ruhen unter dem schattigen Dache der rauschenden Buchen und Eichenwälder, nicht einathmen die würzigen Düfte im Tannenwald, nicht sich erfreuen an den Melodien der gesieberten Sänger in Flur und Hain! An die Arbeit sind sie gefesselt, müssen frohnden in staubigen Fabriken, dumpfen Werkstätten und gasgeschwängerten Bergwerken ungezählte Stunden. Den Frühlingshimmel und die Frühlingsluft kennen sie fast nur von Hörensagen, ihr Frühlingsgesang ist das Säusen und Brausen der Maschine, das Jammern und Wehklagen aller Opfer, die hingerafft werden im mörderischen Kampfe für die Besitzer der Arbeitsmittel, für die Drohnen der heutigen Gesellschaft. Abermillionen

Menschen plagen und schinden sich im Joche unfreier Arbeit nicht für sich, sondern für — Andere. Sie haben mit der Freiheit auch den Frühling verloren. Für sie scheint die Sonne nicht, für sie grünen nicht Wälder noch Wiesen, für sie existirt nicht die Natur, für sie trillert keine Lerche in sonnigen Lüften! In monotonem, aufreibendem Tagewerk verleben sie die kurze Spanne Zeit, die ihnen zum Leben beschieden.

Soll es ewig so währen, soll das arbeitende Volk vom Fluche der Arbeit nie befreit, nie für sich und nur für Andere schaffen dürfen? Soll die Marter der endlosen Arbeitszeit nie aufhören, soll die Arbeiterklasse im Jagen nach Profit für ihre Ausbeuter denn vollends zu Grunde gehen? Nein, das kann und darf nicht sein! Sie muß sich erheben wie ein Mann, um aufzuräumen mit dem mordenden System, sich erheben zum Kampfe gegen die Feinde der Kultur, gegen die Wucherer menschlicher Arbeitskraft. Diese Erhebung soll ihren Ausdruck finden in der Demonstration für den Achtstundentag am 1. Mai.

Sollen wir es noch einmal unternehmen, die Nothwendigkeit und Vortheile einer kürzeren Arbeitszeit nachzuweisen, obgleich ihre kulturelle Bedeutung unzählige Male hervorgehoben, ihr ökonomischer Nutzen für die Arbeiter, wie überhaupt für die gesammte Menschheit, oft unwiderleglich nachgewiesen worden sind? Doch sei es! Warum bekämpft das Unternehmertum die Bestrebungen der Arbeiter, den Achtstundentag zu erringen? Zunächst, weil sie fürchten, ihr Unternehmerprofit könne geschmälert werden. Sie sind ferner dagegen, weil der Achtstundentag den Arbeitern Zeit schafft zu geistiger Erholung, zum Nachdenken und Zeit zur Organisation der indifferenten Massen. Die Unternehmer können wohl die Arme und Hände der Arbeiter brauchen, damit sie Werthe schaffen und Mehrwerth erzeugen zur Bereicherung der Besitzer der gekauften Arbeitskraft. Was sie aber nicht gebrauchen können, ist das selbstständige Denken der Arbeiter, das die Arbeiter zur Organisation vereinigt und den Unternehmerinteressen die Arbeiterinteressen entgegensetzt. Die Unternehmer haben das Interesse, daß der Arbeiter recht lange arbeite, niedrigen Lohn für die Arbeit erhalte und von jeder Gelegenheit zum Nachdenken über seine Lage und von jeder Organisation ferngehalten werde. Die Arbeiter hingegen sind interessiert dabei, daß sie für möglichst kurze Arbeitszeit einen möglichst hohen Lohn erhalten und dann auch noch Zeit finden zu geistiger Ausbildung, die wiederum der Organisation zu Gute kommen soll. Je länger die Arbeitszeit ist, um so geringer der Lohn und um so höher der Unternehmerprofit. Durch die überlange Ausbeutung eines Theiles der Arbeiter wird ein anderer Theil brotlos. Dies liegt aber im Interesse des Unternehmers, der der Reservearmee bedarf, um die Löhne der Arbeitenden drücken zu können, und um sie stets durch Einschüchterung mit dieser Hungerpeitsche zu hindern, höhere Forderungen zu stellen.

Durch die überlange Ausbeutung wird die geistige Ausbildung der Arbeiter und ihre Bethätigung an der

Organisation gehindert. Mit indifferenten, gleichgültigen Arbeitern, denen jegliche Einsicht und jedes Verständniß von wirtschaftlichen und ökonomischen Dingen fehlt und die nur darauf bedacht sind, nur nicht ihre Arbeit zu verlieren, selbst wenn ihre Menschenwürde mit Füßen getreten wird — kann der Unternehmer umspringen, wie es ihm beliebt. Er kann die Arbeitszeit verlängern, kann die Löhne kürzen, kann die Arbeiter wie das Vieh behandeln — auf Widerstand wird er nicht stoßen. Resumiren wir also kurz, was die lange Arbeitszeit im Gefolge hat: Die Vergrößerung der Zahl der Arbeitslosen, das Sinken der Löhne und, im Zusammenhang damit, die fortschreitende Verelendung der Arbeiterklasse; die Zerstörung des Familienlebens des Arbeiters, denn infolge des niedrigen Lohnes müssen alle Mitglieder der Familie, soweit dies möglich ist, mitarbeiten, um die gemeinschaftlichen Kosten des Haushalts zu decken; die physische Degeneration der Arbeiter, die zu wenig Zeit zur körperlichen Erholung haben und die, infolge des niedrigen Lohnes, auf schlechte Kost, dürftige Kleidung, gesundheits-schädliche Wohnungen angewiesen sind. Neben der physischen auch die geistige Verflawung der Arbeiter, Erstickung jedes selbstständigen Denkens, Unwissenheit, Indifferentismus. Der Arbeiter hat jedes Bewußtsein seiner Menschenwürde verloren und sinkt zu einem Werkzeuge des Unternehmers, zu einem lebendigen Bestandtheile der tobtten Maschine herab.

Aus diesen für den Arbeiter so schädlichen Wirkungen der langen Arbeitszeit ergibt sich von selbst, was zu thun ist, um dieselben zu beseitigen, mindestens aber, soweit dies im gegenwärtigen Rahmen unserer gesellschaftlichen Verhältnisse möglich ist, abzuschwächen. Die Antwort ist die so unzählig oft gegebene, daß dies nur durch die Arbeiter selbst resp. durch ihre gewerkschaftliche Organisation, in Verbindung mit der politischen Macht, welche die Arbeiter sich erringen müssen, geschehen kann. Die Achtstundentag-Debatte vor Kurzem im Reichstage zeigt, daß weder von der Regierung, noch von der vielgerühmten Humanität des Unternehmertums etwas Gutes für die Arbeiterklasse zu erwarten ist.

Vormwärts ist also die Lösung; Kampf auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete; Jeder muß seine Pflicht thun; Niemand darf unthätig zuschauen, wie Andere in hartem Ringen um Freiheit und Gleichberechtigung mit dem Unternehmertum sich befinden; Niemand ist überflüssig, Alle sind nothwendig in diesem Kampfe um Befreiung aus kapitalistischem Joche und politischer Unfreiheit.

Die ewig geknechteten und unterdrückten Klassenbewußten Proletarier aller Länder, die Träger der Arbeit und Kultur, geloben am 1. Mai in heiligem Ernst, nicht eher zu rasten, bis ihre Befreiung erkämpft und der soziale Friede allen Menschen gegeben ist.

Daß dieser Friede, dieser Völkerfrühling, kommen wird, daran zweifeln wir nicht, wenn er der Arbeiterschaft auch nicht auf dem Präsentirteller gebracht, sondern einzig durch Energie und allseitige Thatkraft erobert werden muß, aber kommen wird er. Er wird das

Leichtentuch der Ausbeutung, der Unterdrückung, der Knechtschaft von der armen viel geplagten Menschheit nehmen und an die Stelle unterdrückter Massen freie, gleichberechtigte und glückliche Menschen setzen. Wie im Erdenfrühling die Blumen in bunter, unvergleichlicher Pracht sich erschließen, so wird im Völkerfrühling ein freies Menschengeschlecht erblühen. Groß ist das Ziel, um das die Arbeiterschaft ringt, und sie wird es erreichen. Die Demonstration am 1. Mai für den Achtstundentag, die Begeisterung, die alle Herzen höher schlagen läßt, ist eine Etappe zu diesem Ziele.

Kollegen aller Orte, zieht auch Ihr hinaus in diesen Kampf, helfet brechen die Ketten des Glücks, helft verstopfen den Urquell der Sorgen, ringt mit um die Befreiung der Menschheit aus harter, geistiger, politischer, ökonomischer Winternacht, und

Woh wird der Lorbeer des Sieges erblühen
Der müßigen Lofung vom ersten Mai,
Und kraftbewußt schlägt sich um's Erdenrund
Ein einziger großer Bruderkund!

Das Recht der Gewerkschaftskartelle.

u. Unter diesem Titel beschäftigt sich ein Aufsatz in Nr. 15 des „Glück auf“ (Organ des Zentralvereins der Former usw.) mit der in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Nr. 13 angeregten Frage: „Sind wir mit den Gewerkschaftskartellen auf dem richtigen Wege?“ und vertheidigt gegenüber den Ausführungen unseres Organs, wonach die Gewerkschaftskartelle bei Unterstützung von Streiks nur als ausführende und vermittelnde, nicht aber als selbstständig beschließende Organe fungieren dürften, das unbeschränkte Recht der Kartelle, jeden Streik nach eigenem Gutdünken zu unterstützen. Da die Frage der den Gewerkschaftskartellen zustehenden Rechte und Befugnisse auch nach anderen Seiten hin gegenwärtig viel erörtert wird, so hinsichtlich der Selbstständigkeit der Kartelle, ihre Beteiligung an politischen Aktionen und die Einberufung von Kartellkonferenzen und Kartellkongressen, so erscheint es geboten, die Frage der Streikunterstützung in Verbindung mit der Gesamtentwicklung der örtlichen Kartelle zu behandeln.

Wenn im „Glück auf“ die Gewerkschaftskartelle mit den englischen „Trades-Councils“ verglichen werden, was ja zweifellos zutrifft, und mit der Gewerkschaftsentwicklung dieselben örtlichen Organe auch in Deutschland entstehen mußten, so bleibt die Frage doch immer noch freilich, ob diese „Trades-Councils“ auch diejenigen Rechte innerhalb der Zentralverbände haben, wie sich solche einzelne deutsche Gewerkschaftskartelle „zugelegt“ haben. Wir bezweifeln das. Bei dem in England streng durchgeführten Zentralisationsprinzip wäre so etwas auch unmöglich. Wir wiederholen, daß es uns fern liegt, den Gewerkschaftskartellen etwas am Zeuge zu flicken, nur wollen wir deren Thätigkeit in gewissen Grenzen gehalten wissen. Es ist, das erkennen wir an, ein natürliches Recht und der unbestreitbare Zweck der Gewerkschaftskartelle, die Aufgaben der örtlichen Verbandszahlstellen auf gemeinsamer Grundlage durchzuführen, ihre lokalen Interessen zu wahren und die Propaganda für unorganisierte Berufe zu leiten und zu fördern. Dies trifft vor Allem dort zu, wo die Mehrheit der kartellierten Berufe örtliche Abteilungen von Zentralverbänden darstellen und demnach mit ihren Beschlüssen an das Statut und die Interessen ihrer Zentralisation gebunden sind.

Daß der in Nr. 13 der „Holzarbeiter-Zeitung“ angegebene Arbeitskreis den örtlichen Kartellen nicht genüge, kann gewiß nicht behauptet werden, wenn man es mit der Durchführung auch der lokalen Aufgaben ernst meint, der findet hier für alle Zeit, so lange die heutigen Gewerkschaftsorganisationen bestehen, ein arbeitsreiches, schier unergründliches Feld. Um nur Einiges zu nennen, so beansprucht die zeitgemäße Regelung des Herbergs- und Arbeitsnachweiswesens, die Regelung der Lokalfrage und der Abhaltung von Bergmagen, die Errichtung zweckdienlicher Bibliotheken und Archive, gewerkschaftlicher Anstaltsstellen und Sekretariate, die Durchführung von Lokalerhebungen und Statistiken, die Ueberwachung der Arbeiterschutzgesetze und Regelung des Beschwerdewesens im Verkehr mit der Gewerbeinspektion, die Organisation der Gewerbegerichts- und Anwaltskammern und nicht als Geringstes auch die Agitation für Ausbreitung der Gewerkschaften, noch auf lange Jahre hinaus alle Kräfte, ohne daß es des Uebergriffes auf andere Gebiete bedarf, die entweder zur Kompetenz anderer Organe gehören oder außerhalb der Gewerkschaften liegen würden.

Die Regelung der Streikunterstützung ist ohne Zweifel die allerwichtigste Aufgabe des Zentralverbandes, — ja, sie bildet die erste Voraussetzung für die Entwicklung der Zentralisation, weil die Ohnmacht der Lokalorganisation am ehesten bei Ausständen erkennlich

würde. Nicht lediglich der Sachzeitung oder der Reiseunterstützung wegen sind die Verbände gegründet worden, sondern vor Allem wegen der Zusammenfassung aller Kräfte und Mittel zur Erämpfung besserer Arbeitsbedingungen, zur Regelung und Unterstützung der Ausstände und Lohnbewegungen. Hier hat die Zentralisation zunächst einzugreifen und die Gesamtleistung des Verbandes zu Gunsten jedes einzelnen Ausstandes in die Waagschale zu werfen, sowie bei gleichzeitigem Ausbruch mehrerer Streiks die Taktik und Mittel miteinander in Einklang zu bringen. Damit hat die Unverantwortlichkeit und Selbstständigkeit der lokalen Vereine auf diesem Gebiete ihr Ende erreicht, und die letzteren haben sich im Interesse der Gesamtheit der Berufscollegen die Anweisungen der Zentralleitung zu fügen. Ueber die Zulässigkeit geplanter und über die Anerkennung und Unterstützung ausgebrochener Streiks entscheidet der Zentralvorstand, gegen dessen Entscheld der Beschwerdebeweg geregelt ist. Alle Unterstützungsmittel gehen durch seine Hand, falls nicht zu deren Aufbringung ein besonderer Fonds mit Spezialverwaltung gebildet ist. In diesem geordneten System ist für andere Organe und deren Eingreifen in die Frage der Streikunterstützung kein Platz; wohl aber bedarf dasselbe der Ergänzung für die Unterstützung von Ausständen, die über die Kräfte und Mittel des einzelnen Verbandes hinausgehen und zur Unterstützung größerer Ausstände in nicht zentralorganisierten Berufen.

Seider sind nur wenige Zentralverbände zu dieser durchgreifenden Regelung des Streikwesens gelangt. Der Zusammenschluß aller organisierten Berufe am Ort kommt Diejenigen mit ungenügender Ausstandsfürsorge, sowie die lokalorganisierten Gewerkschaften nicht zurückstoßen, wenn auch von den letzteren zu verlangen war, daß sie sich den Beschlüssen der Mehrheit, also den Interessen der Verbände, fügten. Vor Allem aber verhängerten Meinungsverschiedenheiten die gesamte Gewerkschaftsbewegung, zu einem einheitlichen Abschluß der Streikregelung dadurch zu gelangen, daß für die Genehmigung oder Anerkennung und Kontrolle größerer Ausstände, sowie für Aufbringung der Unterstützungsmittel, eine Stelle mit festgesetzten Befugnissen und geregelter Verantwortlichkeit geschaffen wurde. Was auf der Berliner Gewerkschaftskonferenz angebahnt war, das verwarf der Halberstädter Kongreß wiederum und der vorjährige Berliner Kongreß hat sich aufs Neue gegen einen einheitlichen Regelungsplan bez. der Streikunterstützung ausgesprochen. Unterdeß sind neue Organisationen entstanden, die unter dem Druck der mehrjährigen Krisis an den gleichen Mängeln der Streikregelung kranken und bei Ausständen zum guten Theil auf die Hilfe der anderen Verbände und Berufe angewiesen sind. Betrachten wir nüchtern die gegenwärtige Situation, so müssen wir konstatieren, daß die Streikunterstützung nur in einigen wenigen der größten, ältesten und bestgefügeften Verbänden so geregelt ist, wie dies den Ansprüchen einer Zentralorganisation genügt.

Manche Berufe scheinen es nicht begriffen zu haben, daß die ausschließlich zentralistische Regelung der Streikunterstützung die Lebensfrage, das Rückgrat jedes Verbandes bildet, und daß jede Vernachlässigung auf diesem Gebiete die Existenzberechtigung des Verbandes untergräbt. Manche Zentralleitung verläßt sich bei Ausständen im eigenen Beruf auf die mehr oder weniger ausgiebig stehende örtliche Unterstützung, ohne zu bedenken, daß sie dadurch einem völlig verkehrten Prinzip in die Hände arbeitet; ja, oft genug wird der Verzicht auf die Mittel der Zentralkasse für eine Reihe von Wochen geradezu gefordert und die Arbeiterschaft dadurch gezwungen, sich auch noch lokal gegen eine Kalamität zu versichern, deren Dedung ausschließlich Pflicht des Zentralverbandes ist.

In dieser Situation konnte es garnicht anders kommen, als daß die örtlichen Gewerkschaften den Kartellen auch die Regelung der örtlichen Streikunterstützung übertragen. Das Eingreifen der Kartelle war ein Nothbehelf, veranlaßt durch die Mängel mancher Verbände und nicht zum Besten herbeigeführt durch den Verzicht der Mehrheit der Gewerkschaften auf jede einheitlich abschließende Streikregelung. Durch eine solche Regelung würde allerdings die Arbeit und Verantwortlichkeit der Verbandsleitungen erhöht, aber damit würde auch ihre Stellung und die Existenz der Verbände selbst bereinigt. Das ist nicht geschehen und so übernahmen die Gewerkschaftskartelle diesen Theil der Verbandsaufgaben auf ihre Schulter, hier anscheinend mit Glück, wo anders mit Mißgeschick. Die Organisation von Streiksammlungen geht ja am Orte, besonders in Großstädten, leichter von Statten, als im ganzen Reich. Eine vorzügliche Vertikalkartellorganisation, deren Fäden in den Händen der Kartelldelegierten zusammenlaufen, ermöglicht die rasche Aufbringung ansehnlicher Unterstützungsmittel. In kleinen Orten dagegen war auch durch die Kartelle nicht viel herauszuholen, und

so mußte der Mangel dieser Organisation der Streikunterstützung bald offenbar werden. Wirklich? Nein, wenigstens nicht dort, wo, Dank der Masse der organisierten Arbeiterschaft, die Mittel reichlich genug flossen; dort bildete sich vielmehr der Glaube heraus, als sei das Gewerkschaftskartell der eigentliche Mittelpunkt der Streikunterstützung, als sei das, was ihnen nur als Nothbehelf übertragen wurde, ihr gutes Recht. Fortan hörte man Fabeln von der Autonomie (Selbstständigkeit) und von der gebührenden Machtstellung der Gewerkschaftskartelle, die den Verbänden mindestens ebenbürtig, in der Streikunterstützung aber bei Weitem überlegen seien; man will sie zu Universalorganisationen machen, will ihnen die Wahrung der politischen und sozialpolitischen Gewerkschaftsinteressen übertragen und verlangt ihre selbstständige Vertretung auf den Gewerkschaftskongressen, ja man beruft sogar besondere Kartellkonferenzen ein, um dort über außerlokale und politische Interessen zu beschließen. Mit Recht muß in solchen Anfängen (und um Anfänge handelt es sich vorläufig nur) die Gefahr der Entwicklung von Nebenregierungen erblickt werden, die in ihrer Konsequenz den Zentralverbänden ein Gebiet nach dem anderen streitig machen, nachdem sie zum Theil bereits die Streikunterstützung okkupirt haben. In diesen Bedenken kann uns die Haltung der Vertreter der Lokalorganisation, die mit Befriedigung auf diese Entwicklung der Kartelle verweisen und sie nach ihrer Weise fördern, nur bestärken.

Und während die Kartelle die Streiksammlungen betreiben, entziehen sie nicht blos zugleich den Zentralleitungen der Verbände die Möglichkeit, genügende Mittel aufzubringen, sondern sie machen auch seine Einwirkung auf den Ausbruch und die Beendigung von Streiks illusorisch, denn wo keine Mittel sind, da hat der Verband nichts zu sagen. Die Lokalleitungen kümmern sich nur anstandslos um die Beschlüsse der Zentralleitung und streiken im Uebrigen ohne und trotz des Vorstandsbeschlusses, wenn es ihnen beliebt. Aber die Kartelle begnügten sich auch nicht mit der Unterstützung lokaler Ausstände, sondern sie gingen über ihr Zuständigkeitsbereich hinaus, anfangs ebenfalls nothgedrungen, weil es an der notwendigen Regelung für solche Fälle fehlte und weil die Kartelle kleinerer Orte eben keine genügenden Mittel aufbringen können, später aber mit einer systematischen Regelmäßigkeit, die den Stempel einer neuen Ordnung der Dinge trug. Da dieses System die alte Unverantwortlichkeit des Streikens nur begünstigt, so wurde es rasch bei denen beliebt, die von dem Votum der eigenen Zentralverbandsleitung unabhängig sein wollen. Sobald daher solch ein Streik einige Tage im Gange ist, werden die entlegensten Gewerkschaftskartelle, vor Allem aber die leistungsfähigsten, mit Sammellisten und Unterstützungsgesuchen überfluthet, und so geht es mit wechselndem Glück auch ohne Zentralverband. Ja, neuerdings werden die Kartelle derart mit Sammellisten und Gesuchen überladen, daß manche von ihnen überhaupt in der Unterstützung auswärtiger Ausstände ein Haar gesunden haben und die Annahme auswärtiger Sammellisten verweigern oder nur noch auf eigene Initiative hin unterstützen. Hier entsteht natürlich eine Lücke, welche die Unzulänglichkeit der Kartellunterstützung zur Genüge erkennen läßt. Vor Allem aber ist es zu verurtheilen, wenn die Kartelle aus ihrer vermittelnden Rolle zur Selbstständigkeit übergehen und die Ausstände direkt, mit Umgehung der betreffenden Zentralleitung, unterstützen. So lange sie als Vermittler den betreffenden Verbänden die Aufbringung der Unterstützungsmittel erleichtern, entspricht ihre Thätigkeit den Interessen der Verbände und der Auffassung dieser Wirksamkeit als Nothbehelf. Die selbstständige Vertretung der Unterstützungsmittel schaltet die Rechte der Verbände völlig aus und macht ihnen dies Gebiet streitig.

Niemand verkennet die Erfolge und den Nutzen, den die Gewerkschaftskartelle der Gewerkschaftsbewegung geleistet haben, und wir sind die Besten, ihnen die anerkannten Rechte zu schmälern. Wir erkennen ebenfalls an, daß die theilweise ungenügende Regelung des Streikwesens Ursache für das Eintreten der Kartelle war und daß sich der Wirtschaftskampf von selbst Organe schafft, die seinen Bedürfnissen genügen. Das Alles kann uns nicht hindern, in der gegenwärtigen Entwicklung der örtlichen Kartelle eine Kollisionsgefahr zu erblicken, die die Zentralverbände lahmlegt und zu den übelsten Konsequenzen führen kann. Aus dieser bösen Eventualität giebt es aber nur einen Ausweg, nämlich die Anbahnung der einheitlich zentralistischen Regelung der Streikunterstützung und Streiküberwachung durch Schaffung einer Zentralkasse für die Genehmigung und Unterstützung derjenigen Streiks, die aus den Mitteln des nächststehenden Verbandes nicht durchzuführen sind. Dadurch werden die Kartelle ihrer

Streikaktionen am ehesten entlastet und die Verbände auf die Notwendigkeit, die Unterstützung zunächst selbst zu organisieren, verwiesen, eventuell sind sie durch entsprechende Bestimmungen dazu zu verpflichten. Den örtlichen Kartellen aber soll dadurch nicht jede Mitwirkung an der Streikunterstützung genommen sein, sie können sogar als wichtiges Vermittlungsglied in die Regelung der Streikunterstützung einbezogen werden, indem man ihnen gewisse Kontrollbefugnisse überträgt; auch kann ihnen unbedenklich die rein lokale Aufbringung von Unterstützungsmitteln für gewisse Zeiträume überlassen werden. Indes muß den Zentralleitungen das Beschluß- und Unterstützungsrecht vorbehalten werden und es dürfen Gelder an die Ausständigen nur mit Wissen des Zentralvorstandes abgeführt werden, wogegen nicht genehmigte Streiks nicht zu unterstützen sind und für auswärtige Ausstände nur auf Anregung der Zentralkasse zu sammeln ist. Nur eine solche Regelung der Streikfrage kann die lokalistische Tendenz auf diesem Gebiete bannen. Sie mag Manchem bürokratisch erscheinen, wie Vielen überhaupt Alles, was die freie Unverantwortlichkeit beschränkt, als Bürokratie verhasst ist. Aber dieser Vorwurf soll uns nicht hindern, eine Regelung da anzubahnen, wo die Regellosigkeit unhaltbare Zustände geschaffen hat.

Zur Lohnbewegung in Hannover.

Am 22. April tagte eine von über 1000 Personen besuchte öffentliche Tischlerversammlung im „Rönig von Hannover“, in welcher die Entscheidung über die Arbeitsverhältnisse gefaßt werden sollte. Kollege Weder, bisheriger Vorsitzender der Lohnkommission, erstattete zunächst kurzen Bericht. Die Lohnkommission schlug vor, daß am 24. April in all denjenigen Werkstätten, in denen die Forderungen nicht bewilligt sind, gekündigt werden soll. Die allgemeine Arbeitsniederlegung soll am 10. Mai erfolgen. Da eine ganze Anzahl Arbeitgeber bereits versprochen haben, zu bewilligen, wird der Kampf nur von kurzer Dauer sein. Im Großen und Ganzen scheinen die Arbeitgeber sich nicht so schroff ablehnend zu den Forderungen zu verhalten, als dies angenommen wurde.

Im Laufe der sich dann entziehenden Debatte trat verschiedentlich die Ansicht zu Tage, daß man in den Werkstätten, in denen keine Kündigung herrsche und am 24. April nicht bewilligt werde, sofort die Arbeit niederlegen sollte. Dieser Vorschlag wurde indes bekämpft, da man größtenteils der Ansicht war, daß der moralische Eindruck ein stärkerer sei, wenn die Arbeitsniederlegung insgesamt erfolge. Schließlich wurde auf Antrag aus der Versammlung beschlossen, bezüglich der am 24. April zu vollziehenden Kündigung und der allgemeinen Arbeitsniederlegung am 10. Mai dem Vorschlag der Lohnkommission zuzustimmen, jedoch soll in den Werkstätten, in denen keine Kündigung herrscht und Verhandlungen nutzlos gewesen sind und ein längeres Warten nicht zweckmäßig erscheint, schon am gleichen Tage bezw. am Montag, 26. April, die Arbeit eingestellt werden. Der diesbezügliche Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Die Einstellung der Arbeit ist also erfolgt und zwar von 110 Kollegen; für 315 Kollegen sind die Forderungen bewilligt. Die übrigen, nicht im Kündigungsverhältnis stehenden Kollegen werden in den nächsten Tagen folgen.

Zugang nach Hannover ist also vorläufig streng ferngehalten, dann wird in ganz kurzer Zeit der Kampf zu Gunsten der Kollegen beendet sein.

Zur Lohnbewegung in Dessau.

Der Ausstand ist mit dem heutigen Tage (26. April) aufgehoben. 26 Kollegen sind in den Streik eingetreten, 16 bleiben am Orte, 10 sind abgereist, 3 Kollegen sind wo anders in Arbeit getreten. Die verlangten Forderungen wurden bewilligt von 14 Meistern mit 66 Gesellen, 14 Meister mit 40 Gesellen haben nicht bewilligt. Ein Meister mit 11 Gesellen bewilligte sämtliche Forderungen bis auf die Ueberstundenarbeit, für welche er nur 25 Pct. zahlen will; die Kollegen arbeiten unter den gebotenen Bedingungen weiter.

Wir bitten, den Zugang noch für einige Wochen fernzuhalten, da der Sieg unter der außerordentlich günstigen Geschäftslage bald unser sein wird. Die Lohnkommission.

Zur Lohnbewegung in Ipehoe.

Wie manchem Kollegen bekannt sein dürfte, versuchten die Tischler im vorigen Jahre hier am Orte die Mittagspause um 1/4 Stunde zu verlängern, also die Arbeitszeit bei gleichbleibendem Tageslohn von 10 auf 9 3/4 Stunden herabzusetzen. Diese Forderung wurde damals von 6 Richtungsmeistern bewilligt, während die Innungsmeister diese Viertelstunde nur bei Arbeiten außer dem Hause bewilligten. Da es im vorigen Jahre zu spät war, diese Forderung durchzubringen, so wurde dies vorläufig zurückgestellt. Ende Februar wurde diese Sache wieder angefragt und wurden sich die Tischler einig, statt des bisherigen Minimallohnes von M. 3 pro Tag bei 10 stündiger Arbeitszeit einen solchen von M. 2,20 bei 9 3/4 stündiger Arbeitszeit zu fordern. Die Kollegen hofften nämlich, da schon die Hälfte derselben zu diesen Arbeitsbedingungen arbeitet, auch von den Innungsmeistern ihre Forderung anstandslos bewilligt zu erhalten.

Es wurde also ein diesbezügliches Schriftstück an die Innung abgeschickt, welches dieselbe mit dem Bemerkten zurückgabte, daß ihr der unterzeichnete Verfasser nicht bekannt sei, auch bei keinem Innungsmeister arbeite und sie nur mit Gesellen unterhandeln wolle, die bei Innungsmeistern arbeiteten. Hierauf wurde in der Versammlung vom 10. April beschlossen, daß jeder Kollege am Sonnabend, den 17. April, mündlich bei seinem Meister vorstellig werden und das Resultat in einer am Sonnabend, den 24. April, stattfindenden öffentlichen Holzarbeiterversammlung, zu welcher auch alle Meister eingeladen seien, bekannt werden sollte. Zu dieser Ver-

sammlung waren ganze zwei Meister erschienen und stellt sich das Resultat der gepflogenen Unterhandlungen wie folgt zusammen: voll bewilligt haben vier Meister, während die Mehrzahl sich auf den Standpunkt stellte, daß sie es den jetzt bei ihnen arbeitenden Gesellen bewilligen wollen, den Lohn aber nicht als Minimallohn anerkennen würden. Drei Meister wollten überhaupt nichts bewilligen.

Es wurde beschlossen ein Schriftstück auszuarbeiten, und dasselbe allen Meistern am Montag zur Unterschrift vorzulegen, und wo die Unterschrift verweigert wird, werden die Kollegen sogleich kündigen, so daß wir eventuell Sonnabend, den 8. Mai, in einen Streik eintreten werden. Wir haben zwar die Streikgenehmigung nicht nachgefragt, hoffen aber, da die gesamte Arbeiterschaft Ipehocs mit uns sympathisiert, auch ohne die Unterstützung aus dem Zentralfonds den Streik siegreich zu Ende führen zu können, wenn der Zugang einigermaßen ferngehalten wird.

Zum Generalstreik in Stettin.

Nachdem die Würfel am 13. April, wie schon in voriger Nummer angegeben, gefallen sind, fand am Dienstag, den 20. April (dritten Osterfest) wiederum eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, zu welcher sämtliche Arbeitgeber eingeladen waren. Diese Versammlung war, wie schon vorausgesehen, sehr gut besucht, und waren auch einige Arbeitgeber (resp. Stellvertreter einiger Firmen) der Einladung gefolgt. Folgendes Schreiben von der Tischler- und Stuhlmachervereinigung zu Stettin an die Lohnkommission der Tischler Stettins und Umgegend wurde der Versammlung unterbreitet:

An die Kommission der Tischler Stettins und Umgegend, z. B. des Hrn. Tischlergesellen Szepanski, hier, Bogislavstr. 8. Auf Ihr gefälliges Schreiben vom 5. d. M. theilen wir Ihnen hierdurch im Auftrage der unterzeichneten Innung den in Ihrer am 12. d. M. stattgefundenen Generalversammlung einstimmig gefaßten Beschluß mit:

Die Tischler- und Stuhlmacher-Innung vertritt auf ihrem schon früher mitgetheilten Beschluß, nur mit dem für die Innung bestehenden Gesellenausschuß über Lohnforderung zu unterhandeln, welcher durch die Herren Stiel und Hillmer vertreten wird.

Angeboten erhalten Sie Ihre drei Preisverzeichnisse zurück.

J. A.: Der Vorstand der Tischler- und Stuhlmacher-Innung. Th. Siemon, Obermeister. Fritz Schmidt, F. Kumm, W. Schwarz, W. Zimmermann, H. Start.

Also jede Unterhandlung mit der Lohnkommission ist darnach abgewiesen, und den Gesellenausschuß können die hiesigen Kollegen nicht als den Vertreter ihrer Interessen anerkennen, da derselbe auf ungesetzlichem Wege zu Stande gebracht ist, und forderte die Lohnkommission die anwesenden Kollegen auf, den Beschluß vom 13. April auch hochzuhalten; denn jetzt heißt es, schnell handeln, wenn wir den Generalstreik siegreich zu Ende führen wollen.

Die Mitglieder des Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereins gaben ihre Erklärung dahin ab, daß sie am 16. April in ihrer Mitgliederversammlung den Beschluß gefaßt haben, sich solidarisch mit uns zu erklären, ebenfalls für die Forderungen einzutreten und so sich dem Generalstreik anzuschließen. Zwei ihrer Kollegen sind bereits beauftragt, mit an den Sitzungen der Lohnkommission teilzunehmen, was allgemein anerkannt wurde. Ein Zeichen, wie gerecht und wie notwendig es war, für Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lebenslage diese Forderung an die Arbeitgeber zu stellen. Von den Herren Arbeitgebern ergriff Herr Klug (Innungsmeister) das Wort; aber es war leider wenig, was er sagte, indem er sich beklagte, seine Leute hätten das vor acht Jahren bekommen, was wir jetzt erst verlangen. Trotzdem hat der gute Mann nicht den Muth als Innungsmeister, seine Kollegen darauf hinzuweisen, daß unsere Forderungen den heutigen Verhältnissen angepaßt ist, welches ihm auch von mehreren Kollegen zur Antwort gegeben wurde.

Der Vertreter der Firma Kubow & Walter in Grabow a. d. Oder, Herr Fensch, erklärte: Daß der Inhaber, Herr Walter, unsere Forderung voll und ganz anerkennen will und jener verspricht, daß er keine andere Arbeit für hiesige Tischlermeister während des Streiks übernimmt, überhaupt auch keine Maschinenarbeit für andere Arbeitgeber liefert. Die Bestimmung ergibt, daß die Kollegen dieser Firma die Arbeit wieder aufnehmen können, sobald zwischen Herrn Walter und der Lohnkommission eine diesbezügliche schriftliche Vereinbarung getroffen ist. Dieses ist am anderen Tage geschehen, und hat die Lohnkommission zwei Exemplare solcher schriftlicher Vereinbarungen aufgesetzt, welche Herrn Walter zur Unterschrift überreicht sind und hat eines dieser Exemplare die Lohnkommission zurückgehalten. Die 76 Kollegen dieser Firma haben ihre Arbeit daher wieder ruhig aufgenommen. Nun wird von denselben verlangt, daß sie die Augen aufhalten, damit diese Errungenschaften auch auf die Dauer hochgehalten werden, indem sie sich alle dem Deutschen Holzarbeiter-Verein anschließen.

Somit sind nun sämtliche Werkstätten mit in den Generalstreik einbezogen. Auch haben sich die Drechsler in einer am 20. April stattgefundenen Branchenversammlung erklärt, sich den Tischlern anzuschließen und auch in den Generalstreik einzutreten. Die Folge war, daß hierauf circa 30 Drechsler im Laufe der Woche die Arbeit niedergelegt haben. Die Gesamtzahl der bis jetzt am Ausstand beteiligten Kollegen beträgt 390, davon sind 70 Kollegen abgereist. Von den am Orte gebliebenen Kollegen sind 172 verheiratet, die 250 Kinder haben, 148 sind ledig. Im Laufe der nächsten Woche wird die Zahl um ziemlich 150 steigen, die Kündigungen einhalten resp. angefangene Akkordarbeit fertigstellen müssen. Der Bewegung sich nicht anschließende „Kollegen“ werden 50-60 zu verzeichnen sein, worunter sich leider auch Verbandsmitglieder befinden. Nun, zwingen wollen und können wir diese „Auskollegen“ ja nicht, und überlassen es ihnen, sich in der traurigen Rolle eines „Arbeitswilligen“ zurecht zu finden. Denn die Herren Innungsmeister haben sich schon an die bürgerliche Presse gewandt, und diese faßelt Sachen zusammen, über die man eigentlich lachen könnte, denn sie schreibt: „Die Arbeitswilligen, der größte Teil der Gesellen, welche also die Anhänger des Gesellen-Ausschusses sind, beteiligten sich nicht an dem Streik.“ Das eine hiesige Blatt faßelt: „Der Streik sei von den Mitgliedern des im sozialdemokratischen Fahrwasser segelnden Holzarbeiter-Vereins in's Leben gerufen.“ Solchen Blättern

verübeln wir solch alberne Behauptungen nicht, denn sie haben nicht die geringste Ahnung, was eine Gewerkschaftsorganisation zu bedeuten und welche Aufgaben dieselbe zu erfüllen hat.

Die Arbeiter natürlich lehnen sich nicht an derartigen Feitsch, und haben die Maschinenarbeiter am 26. April in einer öffentlichen Versammlung mit 24 gegen 1 Stimme beschlossen, mit den Tischlern und Drechslern sich solidarisch zu erklären und ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Dieses ist für unsere Bewegung von großem Vortheil, denn hierauf haben sich die Arbeitgeber noch gefügt, ihre Arbeiten an den Maschinen soweit fertigstellen zu lassen, daß die arbeitswilligen Auskölligen nur auszukitteln brauchen.

Einige Unternehmer sollen nun in Ostpreußen, Schlesien, Posen und anderen Gegenden Deutschlands nach Arbeitskräften suchen, namentlich Tischlern. Wir bitten die Kollegen, dies zu beachten und die Reisewilligen auf die hiesigen Verhältnisse aufmerksam zu machen. Wenn Zugang streng ferngehalten wird, hoffen wir, dem Kampf ein schnelles Ende zu machen.

Mit kollegialchem Gruß Die Lohnkommission. J. A.: Szepanski.

Der Ausstand der Holzarbeiter in Geringswalde in Sachsen

dauert noch unverändert fort. Die Fabrikanten sind noch nicht geneigt, in Verhandlungen zu treten. Durch Einbehaltung der Werkzeuge und Arbeitsbücher suchen sie aber die Ausständigen am Orte festzuhalten. Trotzdem die Unternehmer wissen, daß sie die Werkzeuge herauszugeben haben und diesbezügliche gerichtliche Entscheidungen vorliegen, behalten sie noch immer die Sachen inne. Ist auch die Abreise der Streikenden dadurch besonders erschwert, so verlassen doch viele den Ort oder treten in der Umgegend in Arbeit. Mehrere greifen selbst zu anderer Berufsarbeit, eventuell zu Handarbeit, um der Streiklast nicht zu Last zu fallen oder sich dem Fabrikanten nicht anzubieten. Im Ausstand befinden sich zur Zeit nur noch 138 Verheiratete und 40 ledige, Arbeitswillige haben sich bisher nur 21 Mann gefunden. Von auswärtigen sind insgesamt 2 Mann zugereist. Der Stand ist noch immer ein günstiger, da die Arbeit drängt und in den vier in Betracht kommenden Fabriken Alles in Allem, Schlingel, Wertmeister, Fenerleuts und Hofarbeiter mit gerechnet, 57 Mann arbeiten, während sonst 350 Mann dort beschäftigt gewesen sind. Nach vierwöchentlichem Streikdauern haben es die Fabrikanten nur auf 18 Pct. ihrer bisherigen Arbeiter gebracht. Bei thätigster, moralischer und finanzieller Unterstützung kann ein Sieg der Streikenden nicht ausbleiben. Die Gegner kämpfen zur Zeit mit allen Mitteln. Selbst Schlägereien will man den Ausständigen aufhalsen.

Das „Geringswalder Wochenblatt“ brachte in voriger Woche zum Ausstand der Holzarbeiter eine vollständig den Thatfachen wiederwiderstrebende, tendenziös gefärbte Lokalnachrichte, in der den Streikenden nachgesagt wird, sogenannte „Arbeitswillige“ geschlagen und mit ihnen Handel angekündigt zu haben. Thatsache ist, daß am Samstag ein „Arbeitswilliger“ einen nicht am Streik beteiligten Stuhlbauer thätlich injulirt und der Angegriffene sich hierauf gewehrt hat.

Jedoch ist bei dieser Affaire ein Streikender nicht beteiligt gewesen!

Wenn aber nun ein Amtsblatt den Streikenden die Schlägerei andichten und ihnen die Sympathie der Bevölkerung durch berartige tendenziös entstellte Berichte rauben will, so ist dies — gelinde gesagt — eine gräßliche Beleidigung der Ausständigen, und diese werden sich dagegen zu wehren wissen!

Wenn nun auch zum Ueberflus im Annoncentheil ein Aufruf steht, der „Mehrere Arbeiter“ unterzeichnet ist und die Streikenden bewegen soll, zur Arbeit zurückzukehren, sich gegen veraltete Ausschreitungen zu verwahren und ihr Pflichtgefühl dem Arbeitgeber und ihrer Familie gegenüber zu wahren, so ist dieses Mandat doch zu durchsichtig, um nicht den Zweck zu verrathen. Auf so plumpe Nachzettelungen hin wird auch nicht ein Ausständiger abtrünnig werden. Die Arbeiter werden hieraus eine bedeutende Lehre ziehen und den Urhebern dieser Notiz und dieser Annonce einen tüchtigen Denkkettel nicht erparen. Die Herren dürfen nicht glauben, daß sie die Arbeiter ungestraft in der gräßlichsten Weise verunglimpfen können. Es wird eben tüchtig darauflos gelogen, etwas bleibt ja doch hängen. Der den Arbeitern angebotene Staatsanwalt wird sich sicherlich auch mit diesen Leuten zu beschäftigen haben.

Zu dem Artikel: „An unsere Kollegen“ in Nr. 16 der „Holzarbeiter-Ztg.“

geht uns von der Lohnkommission in Geringswalde folgender, na, sagen wir Protest, zu, den wir hier wörtlich folgen lassen: „Die letzte Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ bringt einen Leitartikel mit der Aufschrift: „An unsere Kollegen.“ Hierin ist auch den Geringswalder Kollegen ein gelinder Vorwurf betreffs ihres Vorgehens bei der jetzigen Lohnbewegung gemacht. Ihre Forderungen werden als unerreichbar hingestellt, ihr Vorgehen als untaktisch bezeichnet.“

Will man nun über die Beurtheilung des Artikels und der Redaktion ein gelindes Urtheil fällen, so muß man doch zum Mindesten sagen, daß der Schreiber nicht unterrichtet gewesen ist. Wenn die Redaktion nun der Meinung ist, daß man aus dem Lauterberger Streik die Lehre hätte ziehen müssen, daß die Arbeiter ohne Einhaltung der Kündigungsfrist nicht erziehen könnten und sich dadurch viel Unannehmlichkeiten aufhalsen hätten, resp. während der Kündigungsfrist bei fälscher Ueberlegung zu anderem Resultate gekommen wären, so irrt sie im vorliegenden Falle.

In erster Linie haben die Ausständigen nicht unrechtmäßiger Weise die Arbeit verlassen, sondern haben sich vielmehr im Recht befunden. Hätten die Unternehmer hier ein Recht gehabt, sie hätten es sicherlich ausgenutzt. Sie haben es wohlweislich unterlassen, und haben Gewaltmaßregeln angewendet. Auch handelt es sich im vorliegenden Falle nicht um eine Maßregelung, wie in Köslin, sondern um acht. Wenn nun auch die Redaktion die gute Geschäftskonjunktur in Frage stellt, so müssen wir allerdings antworten, daß Lauterberger Verhältnisse hier keineswegs vorliegen, sondern in Wirklichkeit eine gute Konjunktur vorhanden ist. Bestellungen verschiedener Art und Größe müßten zurückgehalten werden; die Fabrikanten

konnten sie tatsächlich nicht ausführen. Sie wollten ihre Fabriken sogar noch vergrößern.

Die Maßregelungen sind nur einem ungeschickten Abwimmeln unsererseits bei einer kleineren Streittigkeit zwischen den Fabrikanten und Arbeitern zu verdanken. Was nun gerade die Forderung, Freigabe des 1. Mai, anbelangt, so muß wohl die Erklärung genügen, daß die Fabrikanten betreffs dieses Punktes sich in keine Streitigkeiten einlassen wollen, sondern es den Arbeitern freistellen, ob sie feiern wollen oder nicht.

Im Allgemeinen sei gesagt, daß dergleichen Artikel keinesfalls dazu angethan sind, Lohnbewegungen zu fördern, sondern zu hemmen. Ruhe und Besonnenheit herrscht auch bei den Kollegen in Geringswalde, und man darf sich wohl der Meinung hingeben, daß die auswärtigen Kollegen durch unsere Berichte zur Genüge über den Stand des Streiks und dessen Berechtigung informiert sind. Kleiner Fehler kommen wohl überall vor, doch kann keiner unserer Kollegen dauernd gegen den Strom schwimmen."

Zu merkung der Redaktion: Wir haben zu den vorstehenden Äußerungen nur zu erklären, daß es uns fernliegt, den Zustand der Kollegen in Geringswalde etwa in Mißkredit bringen zu wollen. Aber man muß uns doch gestatten, unserer Meinung über die Streiks im Allgemeinen Ausdruck zu geben, und wenn uns dabei in diesem Einzelfalle die in Lauterberg gemachten Erfahrungen nun gerade nicht sehr rühmlich stimmen, so können wir nichts dafür. Im Uebrigen mag unsere vielleicht irrthümliche Auffassung von dem Streik in Geringswalde daher kommen, daß wir denselben aus der Ferne ansehen und daher manche Dinge, die mit denen in Lauterberg ziemlich verwandt sind, uns in unserer Annahme irre führten. Es freut nun wohl Niemanden mehr als uns, von der Lohnkommission zu hören, daß Lauterberger Verhältnisse in Geringswalde nicht vorliegen und die Geschäftskonjunktur, eine wirklich gute ist. Wenn das so ist, und daran wollen wir nach der obigen Erklärung der Lohnkommission nicht zweifeln, dann sind wir mit ihr der Ueberzeugung, daß der Kampf recht bald zu Gunsten der streikenden Kollegen beendet sein dürfte.

Die Kollegen allerorts werden selbstverständlich Alles thun, um den Zugang fernzuhalten und es auch sonst an moralischer und finanzieller Unterstützung nicht fehlen lassen.

Handlman.

"Landstrafen-Sozialpolitik" betitelt sich ein Aufsatz im "Vorwärts", der sich mit einem "Entwurf eines Reichsgesetzes über die Unterbringung arbeits- und mittelloser Wanderer in Beschäftigungsanstalten und Verpflegungsräumen" beschäftigt. Ein Herr v. Radow, Geheim-Regierungs- und Vortragender Rath am Rechnungshof des Deutschen Reiches, hat den Entwurf als Privatarbeit in Form einer Broschüre erscheinen lassen. Es wird allgemein angenommen, daß, da der Entwurf sich so ziemlich mit dem früheren Voller'schen, den v. Radow gleichfalls verfaßt haben soll, deckt, daß man es mit einem Plane der Regierung zu thun habe. Nach dem Entwurf soll aus öffentlichen Mitteln ein dichtes Netz von Verpflegungsräumen geschaffen werden, an den Hauptverkehrsachsen aber sollen die Beschäftigungsanstalten liegen, in deren Rolle auch eventuell die bestehenden Arbeiterkolonien treten können. Die mittel- und arbeitslosen Wanderer sollen nach freigelegten gezwungen werden, sich dieser Einrichtungen zu bedienen. Wer innerhalb der letzten drei Monate nicht mindestens an 24 Tagen in Arbeit gestanden hat, kommt bis zu sechs Monaten in eine Beschäftigungsanstalt, die er bei Haftstrafe ohne Einwilligung der Behörde nicht verlassen darf. Den übrigen Wanderern kann ein Wandererschein erteilt werden, der sie zur Benutzung der Verpflegungsräume berechtigt. Wer mittel- und arbeitslos ohne Wandererschein betrogen wird, wird als Landstrolcher mit Haft bestraft. Wer von der ihm vorgeschriebenen Haftstrafe abweicht, sich gar nicht in die Beschäftigungsanstalt begibt oder diese ohne Erlaubnis verläßt, wird mit Haft bestraft. Jedem, der wegen Landstrolcheri verurtheilt ist, kann ein bestimmter Ort angewiesen werden, den er ohne behördliche Erlaubnis innerhalb zwei Jahre nicht verlassen darf. That er dies dennoch, wird er mit Haft bestraft.

Da würde ja den durch mancherlei mißliche Umstände auf Straßenplätzen geworfenen reisenden Arbeitern eine "berühmte" Zukunft bevorstehen. Ist bei einer gewissen Klasse von Menschen die Arbeit schon eine Schande, soll man auch die Arbeitslosigkeit eine solche sein, allerdings nur bei den Arbeitern. Familienangehörige der besitzenden Klasse sind natürlich ausgeschlossen. Je geringer die nützliche Arbeit ist, die sie verrichten, um so größer die Achtung und Ehre; der Arbeiter aber wird dann als ein Verbrecher, als Landstrolcher behandelt, wenn er gegen seinen Willen zur Arbeitslosigkeit verurtheilt ist. Möchte man doch lieber in Regierungs- und Beamtenkreisen auf Mittel finden, die jedem Arbeiter Arbeit und Verdienst schaffen, dann würde sich Herr v. Radow ruhig auf die Hüfen setzen und darüber nachgrübeln, woher es kommt, daß es keine Arbeitssuchen und Bettler, sondern nur noch arbeitsfähige Männer und Frauen giebt, die Alle darin einig sind, daß keine Spinnarbeit auf dem Gebiete der "Erziehung zur Arbeit in Arbeitsanstalten" der Familienangehörigen der besitzenden und herrschenden Klasse sehr viel nützlicher wäre als den Arbeitern.

Wie die selbstständigen kleinen Unternehmer immer mehr und mehr verschwinden und vom Großkapital aufgekauft werden, zeigen folgende Bismarck:

In Preußen und Handwerk kamen noch 1882 auf je 1000 Erwerbsfähige 344 Selbstständige, 15 Höherer Betriebsbeamte und 641 Arbeiter. 1895 hatte sich aber das Verhältnis dahin geändert: 249 Selbstständige, 32 Angestellte, 719 Arbeiter. In der Landwirtschaft kamen 1895 auf 5 628 000 Arbeiter, 2 569 000 Selbstständige, darunter 2 1/2 Millionen Kleinbauern, deren Selbstständigkeit im beträchtigen Darben besteht, und nur 66 000 Angestellte. In der Industrie gab es 5 901 000 Arbeiter, 1 774 000 Selbstständige und 264 000 Angestellte. Im Handel lauten die Zahlen: 1 233 000 niederes Personal, 843 000 Selbstständige und 262 000 Höheres Personal. — In welcher letzteren sämtliche junge Kaufleute mit A. 40 Monatsgehalt zu finden sind. Landwirtschaft, Industrie und Handel zusammengefaßt, so lauten die Gesamtzahlen: Arbeiter 12 817 000, Selbstständige 5 474 000, Höherer Angestellte 622 000.

Wenn sich angeht die Thatsache, die kleinen Handwerker immer noch in der Bahn sind, für sie werde noch einmal ein gelobtes Jerusalem der "Selbstständigkeit" kommen, so ist das unverkäuflich und mögen ihnen die vorstehenden

Zahlen daher zur Ernüchterung dienen; bezugleich aber auch die Arbeiter zum Bewußtsein bringen, daß die Zahl der Profetarier, die nichts weiter ihr Eigen nennen als ihre Arbeitskraft, sich vereinigen müssen in starken Organisationen, um jede übermäßige Ausbeutung zu verhindern und entsprechende Zahlung für geleistete Arbeit zu verlangen. Sicher ist, daß, wenn der Auffragungsprozeß so fort geht, wie in den letzten Jahrzehnten, der Sozialismus seinem Ziele: die Expropriation des Privatbesitzes und der Produktionsmittel und Ueberführung an die Gesamtheit immer näher kommt.

Submissionsblüthen. Die Submissionsofferten für die Kaiserbahnen in Vahr geben mal wieder ein rechtcs Bild von der Unhaltbarkeit des Submissionsverfahrens. Auf sämtliche Bauarbeiten ohne Planirung und ohne Eisenlieferung war das Höchstgebot M. 1 660 774, das niedrigste Angebot M. 1 193 073,84. Die Angebote differiren also um nahezu eine halbe Million Mark. Die Stadt, die die Bauten herzustellen hat, behält sich zur Prüfung der Einzelberechnungen eine Zuschlagsfrist von vier Wochen vor.

Staatliche Musteranstalten werden in Bezug auf die Einstellung von Arbeitern mit Berücksichtigung des Alters derselben von städtischen Musteranstalten noch übertroffen. Während die kaiserlichen Werften Arbeiter über 45 Jahre nicht mehr einstellen, hat die städtische Gasanstalt in Hannover einen 41 jährigen rüstigen Arbeiter, der auch sogar noch „Soldat gewesen", mit der Bemerkung abgewiesen, daß er „zu alt" sei. Reichrentner kann der Mann noch nicht werden, mag er sich also aufhängen, wenn er nicht das Verhungern vorziehen will. Was kümmert das eine städtische Musteranstalt, zu deren Bestand und Erzielen auch die Arbeiter Steuern zahlen müssen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Ausschusses.

In seiner letzten Sitzung hat der Ausschuss dem Antrage der Zahlstelle Ettlingen auf Ausschluß des Mitgliedes Hermann Albrecht, Modellschreiber (Buchnummer 87 637), zugestimmt. Der Betreffende hat wiederholt in gröblicher Weise die Interessen des Verbandes geschädigt.

Der Ausschuss.

J. A.: Rob. Schmidt, Berlin SO., Rannistr. 40.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Bunzlau. Da die Mitgliederzahl hiesiger Zahlstelle dieses Frühjahr im steten Steigen begriffen ist, sahen wir uns veranlaßt, eine öffentliche Holzarbeiterversammlung einzuberufen, welche am Sonntag, den 11. April, im Saalhof „Zum goldenen Stern" stattfand. Durch diese Versammlung wollten wir versuchen, die uns noch fernstehenden Kollegen zum Verbands heranzuziehen, aber leider waren von diesen Kollegen nur einige erschienen. Kollege Ede aus Strehlitz referierte in 1 1/2 stündiger Vortrage über das Thema: „Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation". Seine trefflichen Ausführungen wurden mit reichem Beifall belohnt. Eilige Kollegen sprachen sich ebenfalls im Sinne des Referenten aus. In der Diskussion wurden Mißstände in hiesigen Werkstätten zur Sprache gebracht, namentlich wurde die Lehrlingszuchterei und Ausbeutung und die Sonntagsarbeit scharf gerügt. Es wurde angeführt, daß in einigen Werkstätten sogar Sonntag Nachmittag gearbeitet wird. Um diese Mißstände zu beseitigen, bedarf es einer starken Organisation und diese ist hier nicht zu finden. Die Kollegen gehen lieber Bergabgangsvereinen nach, sie gründen sogar selbst welche und veranstalten Festlichkeiten, wozu sie auch die Meister einladen. Folgende Resolution: „Die heutige öffentliche Holzarbeiterversammlung verspricht, mit allen gesetlich ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Weirung der Arbeiter von der Klassenherrschaft einzutreten," fand einstimmig Annahme. Im Schlusswort ermahnt Kollege Ede die indifferenten Kollegen, persönliche Streitigkeiten, die vielleicht vorhanden wären, bei Seite zu lassen und sich dem Verbands anzuschließen. Die Versammlung wurde mit einem dreifachen Hoch auf den Holzarbeiterverband geschlossen.

Geßbacht. Am Sonnabend, den 17. April 1897, fand hier eine öffentliche Versammlung für sämtliche in der Holzarbeiterbranche beschäftigte Personen statt. Kollege Bessier aus Hamburg referierte über: „Was lehrt uns der Hafenarbeiterstreik?" in eingehender Weise, die Nothwendigkeit des Anschlusses der Arbeiter an die gewerkschaftlichen Organisationen betonen. Kollege Soma schloß sich den Ausführungen des Referenten an und sprach gleichzeitig sein Bedauern aus über den schwachen Besuch der Versammlung. Nicht genug, daß die Nichtorganisirten nur schwach vertreten waren, glänzten auch noch die dem Verbands angehörenden Mitglieder größtentheils durch Abwesenheit, was den Anschein erwecken konnte, als wenn die Kollegen in Geßbacht über derartige Vorträge erhaben seien. Beschlossen wurde, die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen.

Kottbus. Der Streit in der Wittig'schen Bantischlerei dauert unverändert fort, da der Chef jedwede Unterhandlung, welche nach von Berlin aus angebahnt wurde, rüdweg ablehnt. Bekanntlich wollte Herr Wittig seine Fabrik bis 4. Mai schließen, trotzdem sucht er und seine hiesige Geschäftsleitung Leute auf alle mögliche Art und Weise heranzuziehen. Vor 14 Tagen erklärte er alle Ausständigen für entlassen. Verlangt nun ein Kollege, der abreißen will, seine Entlassung, so verweigert der Herr Geschäftsführer dieselbe; so müssen die Kollegen erst nach der Polizei, von welcher der Herr dann aufgefordert wurde, unverzüglich Jedem die Entlassung zu geben. Auf welcher geizigen Höhe der Herr Geschäftsführer steht, geht schon daraus hervor, daß er den Kollegen in dem Entlassungsscheine bemerken wollte, sie hätten die Arbeit niedergelegt. Er motivirte seine

Auffassung damit, daß er seinem Dienstmädchen die eventuell begangenen Fehler ebenfalls in's Dienstubuch schreiben müsse; er stellt somit jeden Gehülfsen oder Arbeiter unter die Gefirdeordnung, was auch schon daraus hervorgeht, daß auf dem neu zu schließenden Arbeitsvertrage die Arbeit einfach als Dienst bezeichnet wird. Daß es dem Herrn darum zu thun ist, um jeden Preis Leute zu bekommen, beweist auch die Thatsache, daß sich der Werkmeister Bester (früher auch eifriges Fachvereinsmitglied und ebenfalls so ein Hezer und Wähler) in die hiesige Tischlerinnung aufnehmen ließ, und nun für die Bantischlerei Lehrlinge sucht. Darob große Freude bei den Innungsmestern, die wohl nun hoffen werden, die Ausständigen zu unterdrücken, da sie sich verpflichteten, keinen bei dem genannten Geschäft beschäftigt Gewesenen in Arbeit zu nehmen. Die Folgen ihres Vorgehens können die Herren vom Pops nicht berechnen; denn wenn es gelingt, unglücklicherweise unterdrücken, uns die längere Arbeitszeit aufzubürden und den Lohn zu verkürzen, dann sind sie selbst schuld, wenn sie sich einen mächtigen Konkurrenten aufgehaßt haben, denn in kurzer Zeit wird das Geschäft auch den Kottbusener Baumarkt beherrschen und die Herren Innungsmeister haben das Nachsehen, denn mit einem solch' ausgeprägten maschinellen Großbetriebe können sie doch nicht konkurriren und somit haben sie sich selbst ihr Grab geschaufelt, was uns natürlich kalt lassen kann. Darum haben wir keine Ursache, den begonnenen Kampf aufzugeben, sondern sind fest entschlossen, uns auch keine Minute die Arbeitszeit verlängern zu lassen, und bitten wir die Kollegen allerorts, uns durch Fernhalten des Zugages von hier zu unterstützen. Wir machen die Kollegen hauptsächlich auf solche diesbezügliche Annoncen aufmerksam; mögen sie also auf der Hut sein.

Lübben. Infolge Lokalabtreiberlei war es uns seit langer Zeit nicht möglich, eine öffentliche Versammlung abhalten zu können. Da wir uns nun eine Privatwohnung in Gemeinschaft mit anderen Gewerkschaften gemietet haben, fand eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Joh. Berlin über die Vernichtung des Handwerks durch den Großbetrieb in einem 1 1/2 stündigen Vortrage referierte. Die Diskussion war eine rege, da verschiedene Drechslermeister anwesend waren und dieselben sich mit den Ausführungen des Referenten und mit den in der Diskussion sprechenden Kollegen einverstanden erklärten. Es wurde von verschiedenen Kollegen gerügt, daß, trotzdem alle Tischlermeister eingeladen wurden, doch kein einziger von ihnen erschienen sei. Selbige beschäftigen aber wenig oder gar keine Gesellen, da sie sich meistens Lehrlinge halten und die Lehrlingszuchterei sozusagen ein gros betreiben. Hoffentlich finden solche interessante Versammlungen öfter statt.

Memel. Eine öffentliche Versammlung für Tischler, Drechsler, Stellmacher, Korbmacher u., in welcher Genosse K. u. t. Königsberg über „Innung und moderne Arbeiterbewegung" referierte, fand am 29. März hier statt. In seinen lehrreichen Ausführungen hob der Referent hervor, daß die Innungsvereinigungen für das heutige Zeitalter vollständig überlebt seien und die moderne Arbeiterorganisation an ihrer Stelle allein im Stande sei, die Interessen des Arbeiters voll und ganz wahrzunehmen. Redner erhielt wohlverdienten Beifall für seine lehrreichen Ausführungen. Ein provisorischer Vorstand wurde gewählt, welchem zur Pflicht gemacht wurde, sich mit dem Hauptvorstand des Verbandes so schnell wie möglich in Verbindung zu setzen. Einige Anwesende traten gleich bei.

Quedlinburg. Nachdem bereits seit Jahren seitens der hiesigen Zahlstelle versucht war, die hiesigen Kollegen für den Verband zu interessieren, scheint endlich eine Wendung zum Besseren eingetreten zu sein. In der auf Sonnabend, den 10. April, einberufenen öffentlichen Tischlerversammlung waren von ca. 60 hier arbeitenden Kollegen 40 Tischler erschienen, darunter eine Anzahl Kollegen, welche bisher nie zum Besuch einer Versammlung zu bewegen waren. Kollege Schmidt referierte über die Nothwendigkeit der Arbeitszeitverfängerung und unterzog die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Tischlerwerkstätten einer scharfen Kritik. Die Arbeitszeit beträgt hier durchschnittlich 11 Stunden täglich. Der Lohn schwankt zwischen M. 13 bis 16, je es kommt vor, daß Kollegen am Sonnabend mit M. 10 und 11 zu Hause gehen; nur 4 bis 5 Kollegen erhalten einen Lohn von M. 17 bis 18. Eine Besserung dieser gewiß traurigen Verhältnisse könne nur erfolgen, wenn die Kollegen ihre bisherige Gleichgültigkeit fahren lassen und der Organisation sich anschließen. Kollege Schmidt macht den Vorschlag, zunächst die zehnstündige Arbeitszeit unter Beibehaltung des bisher gezahlten Lohnes zu fordern. Man dürfe, obgleich auch die Aufbesserung des Lohnes dringend notwendig sei, nicht mit einem Male zu hohe Forderungen stellen. Sei die zehnstündige Arbeitszeit durchgesetzt und die Kollegen sämtlich der Organisation beigetreten, würde es uns ein Leichtes sein, die Verhältnisse dauernd besser zu gestalten. Dieser Vorschlag fand einstimmige Annahme. 43 Kollegen (Tischler) erklärten durch Unterschrift, für diese Forderung einzutreten. Es wurde nun eine Kommission gewählt, welche den Meistern den Beschluß der Versammlung zu unterbreiten und die nöthigen Schritte zur Durchsetzung der Forderung zu thun hat. Bisher gleich unsere Zahlstelle einem Taubenschlage, die Kollegen reisen zu, melden sich an, um sich nach 14 Tagen wieder abzumelden, da sie nicht gewohnt sind, unter so erbärmlichen Verhältnissen zu arbeiten. Der „Stamm" fand gleichgültig bei Seite und folgte nicht requirirt in sein Loos. Nun, der Donn ist gebrochen, ihne nun Jeder von uns sein Möglichstes, die Kollegen über ihre Lage aufzuklären und sie davon zu überzeugen, daß eine dauernde Besserung der Verhältnisse nur durch die Organisation möglich ist. Wir machen noch darauf aufmerksam, daß einige hiesige Tischlermeister die Gewohnheit haben, sich besonders aus Braunschweig und Magdeburg Gesellen, meist ganz junge Leute, zu verschreiben. Die „hohen Löhne", die ihnen versprochen werden, finden sie dann allerdings nicht vor, und lehren sie dann bald Quedlinburg wieder den Rücken. Wir ersuchen die Kollegen der genannten Orte, hiervon Notiz zu nehmen. Ueber den Verlauf unserer Bewegung werden wir weiter berichten und bitten die Kollegen, schon jetzt den Zugang nach hier fernzuhalten.

Wilhelmshaven-Bant. In der Generalversammlung am 23. April wurde der Beschluß gefaßt, in nächster Woche

unsere Forderung an die Arbeitgeber einzureichen und zu diesem Zwecke eine öffentliche Tischlerversammlung auf den 27. April einzuberufen, die zu dieser Lohnfrage nochmals Stellung nehmen soll. Wenn diese Jellen den Kollegen zu Gesicht kommen, werden die Würfel gefallen und die Forderungen den Unternehmern unterbreitet sein. Wie die Antwort auch ausfallen mag, denkt an den Leitartikel der letzten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ und beherzigt das Schlusswort desselben: „Ruhig Blut, Kollegen!“ Leider sind schon sehr viele Kollegen, und gerade die tüchtigsten mit, abgereist; dadurch haben wir den größten Schaden, wenn schon vor der Zeit eine Anzahl Kollegen ihr Bündel schnürt mit den Worten: Wir wollen Platz machen und nehmen keine Arbeit wieder an; falls es zum Kampfe kommt, reisen wir doch ab. Das ist nach unserer Meinung grundsätzlich, denn wenn wir tüchtige Kollegen am Platze haben, sind wir im Stande, unsere Forderungen ohne Kampf durchzubringen, und muß doch vor allen Dingen darauf gesehen werden, daß wir so viel wie möglich auch ohne Geldopfer durchsetzen können. Hoffentlich wird es nicht zum Kampfe kommen, da fast sämtliche Kollegen am Platze organisiert sind, ausgenommen einige der berühmten Meistern, die sich pro Jahr 2-3 mal aufnehmen lassen und dann gewöhnlich das Zahlen vergessen, und die auf der Werft beschäftigten Kollegen, die aber nicht bei der Lohnbewegung in Betracht kommen. Und nun noch einmal: „Ruhig Blut behalten.“

Konferenz der Zahlstellen der Provinz Brandenburg, abgehalten am 19. April zu Niggdorf.

Betreten sind 30 Zahlstellen durch 39 Delegierte. In der Vormittags Sitzung giebt nach Festsetzung der Tagesordnung und der Geschäftsordnung der Vorsitzende der Agitationskommission, Kollege Eddard-Brandenburg, den Bericht über die Tätigkeit der Agitationskommission. Derselbe erklärt, daß die Kommission selbst durchaus nicht von dem Resultat ihrer Tätigkeit befreit ist. Trotz des besten Willens war es nicht möglich, eine wirklich umfangreiche und fruchtbringende Tätigkeit zu entfalten. Von vornherein war die Thätigkeit der Kommission lahmgelegt, weil derselben Mittel in nemenswerthem Umfang nicht zur Verfügung standen. Die auf der letzten Konferenz festgesetzten Beiträge sind von einer Reihe von Zahlstellen nicht gezahlt worden. Aber auch das mangelnde Entgegenkommen der Zahlstellenverwaltungen hat der Kommission das Arbeiten erschwert. Da, wo wirklich Versammlungen stattfanden, war der Besuch oft ein ungenügender. Ungemein schwer ist es, Neugründungen von Zahlstellen vorzunehmen, da sich sehr schwer Verbindungen anknüpfen lassen und die notwendigen Vorarbeiten nicht geleistet werden. Die einzelnen Zahlstellen müssen der Kommission mehr an die Hand gehen. Redner erwähnt noch, daß auch die Lage des Stages der Agitationskommission keine günstige ist. Der sich hieran anschließende Kassenbericht ergibt folgendes: Kassenbestand vom vorigen Jahr M. 23,20, Einnahme aus 21 Zahlstellen M. 396,76, Summa M. 419,96; dagegen Ausgabe für Mieten und Jahrgeld M. 289, Schreibmaterial M. 13,25, Beisegeld M. 2, Sonstiges M. 29,90. Summa M. 314,15. Verbleiben in der Kasse M. 105,81.

In der folgenden Diskussion, an der sich die Vertreter einer ganzen Zahl von Zahlstellen beteiligten, wird von verschiedenen Rednern die Tätigkeit der Kommission als eine befriedigende bezeichnet. Die Mehrheit der Redner ist jedoch mit den bisherigen Resultaten nicht zufrieden, sie erkennen jedoch wohl an, daß die Kommission mit den verfügbaren Mitteln nicht mehr leisten konnte.

In der Nachmittags-Sitzung referierte Kollege Glode über: „Die Entwidlung der Holzindustrie in der Provinz, die Konkurrenz derselben Berlin gegenüber, und die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit in der Provinz.“ Derselbe führte aus, Berlin habe nach der Umwandlung des Tischlerverbandes in den Holzarbeiterverband am Ort alle Hände voll zu thun gehabt, so daß an die anderen Dinge nicht gedacht werden konnte. Zudem ist Berlin nicht zu den Konferenzen eingeladen. Jetzt ist auch Berlin von der Notwendigkeit der Teilnahme an der Agitation überzeugt. In der Tischlerei hat sich in den letzten Jahren eine gewaltige Aenderung vollzogen. Die Maschinen-technik hat in derselben ebenfalls Einzug gehalten. Die Arbeit in Spezialbranchen ist jetzt fast durchgängig Regel geworden. Um billiger zu produzieren, verlegte ein Teil der Unternehmer die Betriebe nach außerhalb, auch werden bedeutende Mengen von Tischlerarbeiten, hauptsächlich im Hausfach, in den Städten der Provinz hergestellt. Dadurch wird den Berlinern eine ungemein schädliche Konkurrenz gemacht, die zu einer Verschlechterung der Lebenshaltung der Berliner Tischler führen müsse. Redner verweist auch auf den Zugang von Tischlern aus Orten, wo noch die unangünstigen Arbeitsbedingungen vorhanden sind. Es müsse also eine lebhaftere Agitation entfaltet werden für eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Provinz, im Interesse der in Frage kommenden Kollegen und auch der Berliner Tischler. Redner schlägt vor, daß der Stg der Kommission nach Berlin verlegt wird und ein befohlener Vorsitzender der Kommission gewählt wird, damit stets ein Mann zur Verfügung steht, das Gehalt würde zum guten Teil Berlin zahlen; die Kosten für die Agitation müsse die Hauptkassse tragen.

Daran schließt sich ein kurzes Referat des Kollegen Eddard über: „Wie können wir am erfolgreichsten die Agitation in der Provinz betreiben?“ Derselbe schlägt zum Schluss eine Resolution vor, die größere Thätigkeit der einzelnen Zahlstellen und pünktliche Beitragszahlung verlangt.

In der Diskussion wird von fast allen Rednern die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit anerkannt. Ganz neue Vorschläge, wie die Agitation in Zukunft besser als bisher betrieben werden soll, können von keinem der Redner gemacht werden. Von verschiedenen Rednern wird darauf hingewiesen, daß die Frage der praktischen Agitation lediglich eine Geldfrage ist. Mit mehr Mitteln ließe sich auch wirksamere Agitation betreiben. Die Vorschläge Glode's werden von einigen Rednern sehr abfällig besprochen. Eine größere Anzahl steht derselben sympathisch gegenüber, ist jedoch der Ansicht, daß die Durchführung davon abhängt, ob Berlin gewillt sein wird, die Mittel dafür aufzubringen. Von allen Rednern wird die Schwierigkeit der Agitation anerkannt. Kollege Glode tritt dann noch einmal für seine Vorschläge ein. Wenn so gearbeitet

werden solle, wie notwendig ist, müsse eben mit den bisherigen Formen gebrochen und für Einrichtungen Sorge getragen werden, die eine planmäßige, erfolgreiche Arbeit garantieren. Darauf wird beschlossen, daß die Agitationskommission ihren Sitz in Berlin erhält.

Ein zweiter Antrag: Die Zahlstelle Berlin hat zu erwägen, ob sich die Anstellung eines befohlenden Vorsitzenden der Kommission notwendig macht, wird abgelehnt.

Die oben erwähnte Resolution Eddard gelangt zur Annahme. Ein Antrag Charlottenburg, daß den Zahlstellen anheimgegeben wird, die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung in den Versammlungen zu erörtern, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Ein Antrag der Zahlstelle Potsdam: Die Konferenzen haben alle zwei Jahre stattzufinden, wird, nachdem darauf hingewiesen ist, daß solche Beschlüsse oft nicht gehalten werden können, zurückgezogen.

Die Audenwalder Delegierten geben einen Ueberblick über den Stand des dortigen Streiks. Von mehreren Rednern wird dann noch über eine Reihe von Mißständen an den betreffenden Orten gesprochen.

Nach einem kräftigen Schlusswort des Vorsitzenden wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Zahlstellenkonferenz für Schlessien und Posen.

Die Konferenz fand am ersten Osterfeiertag in Biegut statt. Betreten waren durch Delegierte neun Zahlstellen und zwar Breslau, Bunzlau, Beuthen (Ob.-Schl.), Görlitz, Langenöls, Biegut, Rawitzsch, Schweidnitz und Waldenburg.

Die Tagesordnung lautete: 1. Berichterstattung. 2. Beschlusfassung über regere Agitation. 3. Kostendeckung und Beiträge. Anträge waren zwei eingegangen von Langenöls und Biegut. Beide Zahlstellen beantragen Auflösung der Agitationskommission Görlitz, für Niederschlessien und die Lausitz. Zunächst erhaltet Bergmann-Breslau den Bericht des Agitationsbezirkers für Mittel- und Oberschlessien und die Lausitz. Letzterer bittet zu entschuldigen, daß in den zwei Jahren kein Bericht erfolgt sei, da die betreffenden Personen Görlitz verlassen hätten. Nachdem erstatteten sämtliche Delegierte Bericht über die örtliche Thätigkeit, sowie über die leider chronisch gewordene Lokalfrage. Hierbei wurde von Biegut berichtet, daß die dortige Polizeiverwaltung, die unter der Leitung des Oberbürgermeisters steht, denjenigen Wirthen, die ihre Lokale den Gewerkschaften zu Versammlungen hergaben, die Polizeistunde von 12 auf 10 Uhr Abends herabgesetzt hat. Durch diese ungerechte Maßregel auf das höchste empört, haben die Bieguter Gewerkschaften durch eine Kommission eine Beschwerde an den Chef der Polizei, eben den Herrn Bürgermeister Dertel, gerichtet und angefragt, ob er von diesen Maßnahmen wisse, resp. dieselben billige oder für Beseitigung derselben wirken wolle.“ Worauf folgende lausische Antwort erfolgte:

„Auf Ihre im Auftrage der Beschwerde-Kommission der Gewerkschaften an mich gerichtete Eingabe vom 2. April cr. erlaube ich Ihnen, daß ich dieser angeblichen Beschwerde-Kommission nicht die Berechtigung zugeben kann, eine Beschwerde um Auskunft über amtliche Angelegenheiten zu eruchen. Die Polizei-Verwaltung, geg. Dertel.“

Indler-Beuthen (Ob.-Schl.) berichtet desgleichen über ungläubliche Vorgänge in dieser Beziehung in Oberschlessien. Eine längere Debatte verursachen die Anträge auf Auflösung des Agitationskomitees für Niederschlessien, mit dem Sitz in Görlitz. Kollege Reichel-Langenöls rügt, daß man innerhalb zwei Jahre nicht einmal Zeit gefunden hat, eine Abrechnung oder Bericht zu geben. Desgleichen Martin-Biegut. Beide Schwelbner rügt, daß die Kommission nicht einmal ihre Adresse bekannt gegeben habe. Nach längerer Diskussion werden die Anträge zurückgezogen und die Agitationskommission bleibt wie bisher bestehen, mit der Abänderung, daß Langenöls seine Beiträge nach Breslau entrichtet, um die bisherige Ungerechtigkeit in der Verteilung der Gelder zu beseitigen. Görlitz wurde verpflichtet, gleich Breslau am Jahreschluss Bericht und Abrechnung in der „Holzarbeiterzeitung“ bekannt zu geben. Die Kostendeckung geschieht wie bisher, indem die Zahlstellen pro Mitglied und Quartal 5 M an die Agitationskasse abzuführen haben. Alljährlich haben die Agitationskomitees eine Aufforderung zur regen Agitation an alle Zahlstellen zu erlassen. Es sollen die einzelnen Zahlstellen bemüht sein, in ihrem Umkreis agitatorisch zu wirken, mit Nachbarorten Verbindungen anzuknüpfen, um die Gründung von Zahlstellen zu veranlassen. Es sind leider infolge der Erhöhung der Beiträge vier Zahlstellen eingegangen, indessen sind andere Zahlstellen, wie Breslau, Langenöls und Biegut, in der Mitgliederzahl gewachsen. Dies ermuthigt zu reger Agitation. Da der Verband eine Kampfesorganisation ist, müssen die Stärkeren für die Schwächeren eintreten, um den Verband leistungsfähig zu erhalten. Sollten die eingehenden Gelder zur Kostendeckung der Agitation nicht ausreichen, soll der Hauptvorstand, im Einklang mit dem Rundschreiben desselben, um Beihilfe ersucht werden.

Soweit in Kürze der Inhalt der Beratungen. Beschllossen wurde noch, alle zwei Jahre eine Konferenz abzuhalten. Derselbe ist von Breslau aus einzuberufen und mindestens vier Wochen vorher bekannt zu machen.

In einem kurzen aber kräftigen Schlusswort erjucht Bergmann-Breslau die gegebenen Anregungen zu beherzigen und in erstem Kampfe der Organisation zum Siege zu verhelfen, worauf Martin-Biegut, dem Verband gute Erfolge wünschend, die Verhandlungen schloß.

Die unterzeichnete Kommission beabsichtigt in geeigneter Weise, durch Abhaltung von Versammlungen, eine regelrechte Agitation zu entfalten. Den Vertrauensleuten, sowie Ortsverwaltungen der Zahlstellen Schlessiens wird die Wahl des Versammlungstages, sowie des Referenten freigestellt. Die diesbezüglichen Wünsche oder Anträge sind bis zum 15. Mai an die unterzeichnete Adresse einzufenden.

Mit kollegialischem Gruß
Die Agitationskommission für Schlessien u. Posen.
A. Bergmann, Breslau, Adalbertstr. 26, III.

An die Holzarbeiter Nordwest-Deutschlands.

Im Nachstehenden geben wir einen gedrängten Bericht über unsere Thätigkeit im letzten Halbjahr. Von Seiten des Comité's fanden während dieser Zeit Versammlungen statt in Geddingen,

Bremen, Wilhelmshaven, Delmenhorst, Emden, Soltan, Nordenham, Osnabrück, Quakenbrück je eine, ferner in Barel, Berden, Oldenburg, Bremerhaven und Begeled je zwei Versammlungen, zusammen 19 Versammlungen. Da auch noch einige Versammlungen für die nächste Zeit angemeldet sind, so können wir dieses Ergebnis wohl gegenüber der früheren Bauheit getroßt als einen erfreulichen Fortschritt bezeichnen. Auch die Korrespondenz zwischen den Zahlstellen und der Kommission war im letzten Halbjahr eine ungewohnt sehr rege. Es wurden abgefanbt ja. 63 Briefe und Karten, 34 Birkulare, außerdem 17 weitere Flug-schriften; ungesähr ebenso viel Karten und Briefe als abgefanbt gingen auch ein. Postpakete wurden 15 abgefanbt. Auch ist es uns gelungen, in Begeled eine Zahlstelle zu gründen.

Zur diesjährigen Frühjahrsagitation ließ die Kommission 3000 Flugblätter drucken; um deren Bedarf haben sich noch einige Zahlstellen nicht gemeldet, wir ersuchen dieselben, dieses baldmöglichst nachzuholen.

Am 26. Dezember 1896 fand eine Konferenz in Bremen statt, worüber die Kollegen ja bereits unterrichtet sind.

Die Kollegen werden wohl erkennen, daß sich die Kommission den Verhältnissen entsprechend nach Möglichkeit gerührt hat. Soll die Thätigkeit der Kommission eine wahrhaft fruchtbringende sein, so ist es vor Allem notwendig, daß die Zahlstellen mit der Kommission und umgekehrt stets enge Fühlung miteinander haben. Dieses kann aber unseres Erachtens nur dann vollständig erreicht werden, wenn die Agitationskommissionen nicht mehr ganz von der Gnade der einzelnen Zahlstellen abhängen, sondern obligatorisch eingeführt werden, welches auf den bisherigen Verhandlungen abgelehnt wurde.

Endlich erjuchen wir die Zahlstellen, durch materielle und zwar regelmäßige Unterstützung der Kommission besser als bisher unter die Arme zu greifen.

Abrechnung vom 1. Oktober 1896 bis 31. März 1897.

Einnahme: Beiträge gingen ein: Oldenburg M. 3,80, Winsen 10,—, Quakenbrück 4,30, Bremen 43,03, Bremerhaven 11,—, Soltan 10,—, Hemslingen 2,41, Oldenburg 6,20, Brate 7,—, Bremerhaven 12,29, Wilhelmshafen 7,13, Bremen 47,03, Delmenhorst 10,—, Berden 5,—. Kassenbestand vom 30. September 1896 M. 394,83. Summa M. 574,13.

Ausgabe: Für Agitation und Drucksachen zusammen M. 249,20, an die Konferenzdelegierten von Barel und Emden 14,20, für Postgebühren, Korrespondenz- und Schreibmaterial 23,50. Summa M. 286,90.

Bilan: Einnahme nebst Bestand . . . M. 574,13
Ausgabe 286,90
bleibt Bestand M. 287,23

Revisirt von A. Sidfeld, H. Käfer, D. Kahl, F. Kreiler.

Zum Schluss theilen wir den Zahlstellen noch mit, daß von jetzt ab einwillen alle Sendungen (Briefe und Gelder) an den Kollegen H. Käfer, Blatenstraße 9, Bremen, zu richten sind. Ferner bitten wir, uns bei Bedarf von Versammlungen usw. mindestens 14 Tage vorher zu benachrichtigen.

Die Agitationskommission.

Agitationsbezirk Sachsen-Anhalt-Brandenburg.

Abrechnung vom 20. Januar bis 31. März 1897.

Einnahme. Beiträge sandten in dieser Zeit ein: Magdeburg (3. u. 4. Quart. 96 u. 1. Quart. 97) M. 30, Dessau (1. Quart. 97) M. 12, Biantenburg (3. u. 4. Quart. 96) M. 8, Köthen (4. Quart. 96) M. 2,90, Lauterberg (4. Quart. 96) M. 37, Merseburg (3. u. 4. Quart. 96) M. 7, R. = Wilhelmshafen (4. Quart. 96 u. 1. Quart. 97) M. 8,50, R. = Sudenburg (3. u. 4. Quart. 96) M. 12, R. = Sudau (4. Quart. 96 u. 1. Quart. 97) M. 8,30, Braunschweig (4. Quart. 96) M. 13,90, Burg (4. Quart. 96) M. 24,80, Schönebeck (4. Quart. 96 u. 1. Quart. 97) M. 7, sonstige Einnahmen M. 2,10; Summa M. 176,50; Saldo vom 4. Quart. 96 M. 119,01. Gesamteinnahme M. 295,51.

Ausgabe. Für Referenten M. 197,53, Porto, Depeschen und Beisegeld M. 23,89, Flugblätter und Plakate M. 68,50, 1 Stempel M. 2,50. Summa M. 292,27.

Bilan: Einnahme M. 295,51
Ausgabe 292,27
Saldo f. d. 2. Quartal M. 3,24

Magdeburg, den 31. März 1897.

Revisirt und für richtig befunden
Die Revisoren:
H. Kottwitz, F. Roloff, W. Bauer.

Keine Beiträge sandten ein: Wolfenbüttel, Quedlinburg, Osterode (a. S.), Roslau, Mühlberg, Halle, Halberstadt, Genthin, Kösnig, Burg, Köthen, Uchersleben, R. = Sudenburg, Tangermünde, Merseburg, Braunschweig, Stendal, Alten (a. S.).

Nach dem 21. März sandten noch Beiträge: Wittenberg 4. Quart. 96 u. 1. Quart. 97, R. = Neustadt 1. Quart., Helmstedt 1. Quart., Bernburg 1. Quart., Eilenburg 1. Quart., Osterwie 1. Quart., Quedlinburg 4. u. 1. Quart., Roswig 1. Quartal.

Postsendungen gingen ein 52 Stück. Versandt wurden 94 Stück, inklusive des Flugblattversands.

Das Flugblatt, welches auf der Konferenz seinerzeit beschlossen wurde, gelangte in diesem Frühjahr in einer Auflage von 7000 Stück zur Verbreitung.

Trotzdem im letzten Quartal mehrere Male um Einfindung der Beiträge gebeten wurde, ließen sich einige Zahlstellen nicht veranlaßt ihren Verpflichtungen nachzukommen, und sind diesen gegenüber laut Konferenzbeschluss erjuchtet. Ausgesparten sind aus dem diesseitigen Bezirk Biantenburg und am Betreffenden des Hauptvorstandes Lauterberg. Trotz aller möglichen Agitation hat sich Gardelegen und Neuhaldensleben aufgeschlossen.

Innerhalb unseres Bezirks ist durch die Lohnbewegung, welche sich in verschiedenen Orten bemerkbar machte, ein neues Leben unter die Kollegen gekommen und haben wir wieder einen erfreulichen Zuwachs in der Organisation zu verzeichnen. Mögen die Kollegen nicht unthätig sein und jeden günstigen Augenblick benutzen, um für den Verband neue Kämpfer anzumerben.

Infolge Ueberbürdung mit Arbeiten hat der bisherige Vertrauensmann, Kollege H. Gorgas, seinen Posten als Vertrauensmann niedergelegt; er wird jedoch seinem Nachfolger stets mit Rath und That zur Seite stehen, damit in der Bewegung unseres Bezirks keinerlei Störung eintritt. Selber sind

nach wie vor an seine Adresse, Fackelberg 5, zu senden. ...

Agitationscomité für Baden.

Im ersten Quartal 1897 sandten Beiträge ein: Furtwangen ...

Von den 16 dem Agitationscomité angeschlossenen Holz- ...

Das Comité.

J. A.: Karl Buselmater, Mannheim, H. 6, 8.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Der Tischlerstreik in Kiel und Gaarden ist in ein ...

Die nächste entscheidende Sitzung sollte am Montag, den ...

In nächster Nummer dürften unsere Leser einen ausführ- ...

In den Kieler und Gaardener Kollegen liegt es nun, ...

Zum Tischlerstreik in Alfeld (Hannover) wird uns ...

In der Möbelfabrikerei von Gustav Kantsch in ...

Aus Sameln wird uns zum Tischlerstreik gemeldet, ...

Dem Stettiner Tischlerstreik haben sich, wie uns ...

Die Girsberger Tischler melden, daß ihre Kündigung- ...

Aus Pagen verlanntet zu dem Bericht in Nr. 16, daß ...

gefunden, die jederzeit bereit sind, kämpfenden Kollegen in den ...

Achtung, Holzarbeiter! Bei der Firma Schulz & Co., ...

Achtung, Holzarbeiter! Aus Burg bei Magdeburg ...

Achtung, Tischler! Die Firma Behner & Co. in ...

Die Läufer, Möbelschleifer, Drechsler und ...

Die Schreiner und Glaser in Schweinfurt wollen ...

Aus Luckenwalde wird uns geschrieben: Was Einigkeit ...

Die Bahlsche Spener berichtet ergänzend zu dem ...

Von sechs Gesellen haben sich fünf veranlaßt gesehen, zu kündigen, ...

Der Tischlerstreik in Darmen und Eberfeld ist ...

Der Streik der Tischler in Stade ist zu Ende. Die ...

Die Leipziger Tischler feiern am 1. Mai. 26 Arbeit- ...

Was Einigkeit vermag! Aus Wilsdruff wird ...

Die hiesigen Holzarbeiter hatten beschlossen, gefügt auf ...

Der Stellmachermeister Raumann in Burzen i. S. ...

Achtung, Bürstenmacher! Die Arbeiter und Arbeiterinnen ...

Die Berliner Korbmacher ersuchen dringend, den Zugang ...

von vornherein unmöglich zu machen, sollten neue Arbeitskräfte herangezogen werden. Nun die oben bezeichneten Lieferungen abgeschlossen sind, ist das Angebot von Arbeitskräften noch größer geworden und hört der Zugang nicht auf. Schon drohen viele Unternehmer, Lohnabzüge vorzunehmen zu wollen.

Die Zimmerer in Kibben fordern die zehnstündige Arbeitszeit und einen Minimallohn von 30 % pro Stunde. Da keiner der sechs Arbeitgeber eine bindende Auflage gegeben hat, haben sämtliche Zimmerer die Arbeit eingestellt.

In Hannover streiken die Zimmerer. 12 Arbeitgeber haben die Forderung, 45 % Stundenlohn und eine andere Regelung der Arbeitszeit, bewilligt; 72 Zimmerer kommen bei diesem in Betracht. 52 Meister, die 428 Gesellen beschäftigen, haben sich noch nicht geäußert. Es wird nur auf eine kurze Dauer des Streiks gerechnet, da die Meister den Forderungen nicht gerade sehr schroff ablehnend gegenüberstehen.

500 Bantischler und Zimmerer in Mount Vernon und New-Rochelle haben die Arbeit eingestellt, weil die Baumeister sich weigerten, die achtsündige Arbeitszeit einzuführen. Infolge des Streiks ist an allen in den beiden Städten im Bau begriffenen Gebäuden die Arbeit zum Stillstand gekommen. Auch die Maler haben kürzere Arbeitszeit verlangt und werden ihre Forderungen zur Geltung bringen. Es heißt, daß die Unternehmer keine Zugeständnisse machen werden, was zweifellos zu einem Streik führen wird, an welchem sich ungefähr 1000 Arbeiter beteiligen werden.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Abrechnung vom Hamburger Hafenarbeiterstreik. Die beauftragte Kommission hat zu Oitern die Abrechnung von dem Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg-Altona veröffentlicht. Wir können nicht die ganze Abrechnung hier wiedergeben, wir wollen aber doch die größeren Summen, die aus den einzelnen Orten eingingen, sowie die Schlussummen der Einnahme und der verschiedenen Ausgabenposten hier veröffentlichen.

Eingenommen wurden im Ganzen M. 1 613 600,82. Dieser Einnahme stand am 13. April d. J. eine Ausgabe in derselben Höhe gegenüber.

In der Einnahme sind enthalten M. 262 611 als Darlehen; von dieser Summe sind bis zum 13. April zurückgezahlt M. 75 400. Die Gelder gingen ein:

- Aus dem Streikgebiet (Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgebung) inkl. des Darlehens M. 908 906,15, Berlin (Gewerkschaftskarte) 159 50, Berlin (Gewerkschaften und Private) 6985,38, Leipzig 52 552,74, Magdeburg 24 882,55, Dresden 24 028,71, Nürnberg 18 820,51, Frankfurt a. M. 18 406,12, Hannover 16 099,57, Stuttgart 15 843 09, München 15 230,05, Elberfeld 12 683,87, Bremen 12 064,30, Braunschweig 8528, Mannheim 7998,84, Rostock 6996,85, Chemnitz 6778,90, Bremerhaven 6150, Breslau 5929, Bielefeld 5430, Neumünster 5200, Halle a. Saale 5065, Soilingen 5041,16, Düsseldorf 4751,84, Köln a. Rh. 4736, Stettin 4682, Flensburg 4200, Bant-Bilhelmshaven 4005,50, Dortmund 3705,05, Königsberg 3662,30, Brandenburg 2920, Kassel 2695,10, Tschelch 2533,78, Essen 2316,27, Bochum 2240,75, Mainz 2119,07, Wülster 1805,32, Bismarck 1212,65, Wachen 1062, Altenburg 1156,10, Augsburg 1620,62, Dessau 1084,76, Elmshorn 1657,58, Eplingen 1010, Erfurt 1300, Forst 1432,85, Geestemünde 1400, Görlitz 1173, Gotha 1087,06, Greiz 1035,08, Oera 1867, Halberstadt 1513,71, Haldorf und Gemelingen 1086,05, Lägerdorf 1262,30 Ludwigs-hafen 1480,46, Lüneburg 1550, Rabek 1056,84, Warburg 1010, Offenbach 1273,76, Rathenow 1135, Ronsdorf 1397,32 Straßburg 1337,40.

Von den Vorständen der Zentralverbände gingen ein M. 47 250; und zwar bewilligten die Bauarbeiter 300, Brauer 300, Buchbinder 500, Böttcher 200, Zigarrenfabrikanten 5000, Glasarbeiter 900, Hafenarbeiter 7500, Lagerhalter 100, Maurer 4000, Metallarbeiter 6000, Maler 7000, Porzellanarbeiter 150, Sattler und Tapezierer 100, Stuckateure und Spiser 200, Steinarbeiter 1400, Schneider 1500, Schiffszimmerer 300, Tabakarbeiter 5500, Bergarbeiter 300, Zimmerer 3000, Former 600, Holzarbeiter 1000, Land-, Fabrik- und Hülfsarbeiter 1000, Ber. Papier- und Lederwarenindustrie 500.

Das Ausland lieferte M. 69 529,72; daran ist beteiligt England mit 35 254,53, Amerika mit 9497,24, Dänemark mit 7576,67, Schweden mit 6203,41, Schweden und Norwegen mit 4949,78, Italien 1872,01, Transvaal 1542,24, Oesterreich 1052,32.

An Unterstützung wurde gezahlt in den aufeinander folgenden Wochen: M. 47 313, 118 541,75, 159 120,95, 153 731,30, 151 566,20, 153 818,80, 155 489,65, 157 688,40 122 230,55, 119 860,30, 82 302,95, 27 342,45.

An Inhabitive und deren Familien wurden gezahlt M. 5459,50; an Gemahregelte M. 10 774,52; Kranken- und Witwenunterstützung M. 3399,92; Unterstützung nach Harburg M. 9400.

Für Bureaudienst, Aufrechterhaltung der Kontrolle, Bureau-mieteln, Porto, Schreibutensilien, Drucksachen und so manches Andere, was notwendig ist zur Streikleitung, wurden ausgegeben M. 58 172,81. Größere Posten in dieser Summe sind für Fahrgehalte, Diäten und Postirungen M. 17 528,75, Drucksachen M. 15 202,40, Futtkaufsbeihilfe M. 5888,65, Rechtschutz M. 4630,69.

Die zwölfte Generalversammlung des Verbandes der Zimmerleute und verwandten Berufsangehörigen tagte während der Osterfeiertage in Halberstadt. 86 Delegierte waren anwesend. Der Verband, der im letzten Jahre einen Zuwachs von 4420 Mitgliedern zu verzeichnen hatte, zählt gegenwärtig rund 14 000 Mitglieder. Die Einnahme in den Hauptkassen betrug M. 127 346, die Ausgabe M. 124 764,52. Die Hauptkasse vereinnahmte einschließlich des im Vorjahre vorhandenen Kassensaldos M. 114 061,47 und verausgabte M. 71 969,24. Der Vermögensbestand des Verbandes betrug am Schluß des Jahres 1898: M. 61 005,09.

Lohnbewegungen fanden in den letzten 2 Jahren 52 Mal, kleine Pfahlpfannen nicht gerechnet. Von diesen Streiks hatten einen günstigen Ausgang 27, zum größten Teil erfolgreich 3, zum Teil erfolgreich 16, erfolglos 4, unbekannt 1, ein Streik ist noch nicht beendet. An Mitteln für die Lohnbewegungen werden M. 55 999,45 aufgebracht, darunter aus der Hauptkasse

M. 26 033,39. An gerichtlichen Opfern sind 122 Wochen 4 Tage Gefängnis und M. 218,25 Geldstrafen zu verzeichnen. Den Bericht über das Verbandsorgan erstattet der Redakteur Dr. Br. in A. Die Ausgabe des „Zimmerer“ betrug 1896 10 545 und stieg im Jahre 1898 auf 15 100. In beiden Jahren wurde ein Gewinn von zusammen M. 3982,48 erzielt.

Gelegentlich der daran sich anschließenden Debatte wird auch ein Antrag: Eine technische Beilage ist dem „Zimmerer“ beizufügen, gestellt, der aber, weil die Mittel dazu noch nicht vorhanden sind, abgelehnt wird. Ein Antrag, die drei Blätter im Baugewerbe „Zimmerer“, „Grundstein“ und „Bauhändler“ zu verschmelzen, führt zur Annahme folgender Resolution:

Die 12. Generalversammlung spricht den Wunsch aus, daß der Redakteur des „Zimmerer“ mit den Redakteuren der anderen Gewerkschaftsblätter in Verbindung treten möchte, um durch gemeinsames Zusammenarbeiten sich die Arbeit betreffs Herstellung der Leitartikel zu erleichtern.

Eine Resolution, laut welcher sich die Generalversammlung mit der Haltung und Schreibweise des „Zimmerer“ bezüglich der Zeit- und anderer Artikel einverstanden erklärt, fand gleichfalls Annahme. Eine lange Debatte wird über Punkt 5: Lohnbewegung, geführt. Der Vorsitzende Schrader legt nach einem eingehenden Referat folgende Resolution vor:

In Erwägung, daß durch die heutige kapitalistische Produktionsweise die Reservearmee immer mehr anwächst, ist diesem Anwachsen gegenüber eine dementsprechende Verkürzung der Arbeitszeit bis auf acht Stunden durchaus gerechtfertigt. In fernerer Erwägung, daß uns in absehbarer Zeit weder durch die Gesetzgebung noch die Unternehmer ein achtsündiger Arbeitstag gewährt wird, beschließt die 12. Generalversammlung des Verbandes der Zimmerleute Deutschlands, daß da, wo Forderungen gestellt werden, stets neben einem Minimallohn die Verkürzung der Arbeitszeit als erste Forderung aufzustellen ist, speziell aber da, wo heute noch länger als zehn Stunden in unserem Beruf gearbeitet wird.

Des Weiteren muß sich jede Zahlstelle, welche in die Bewegung tritt, zur Pflicht machen, einen vollständigen Tarif auszuarbeiten, nach welchem nicht nur der Lohn genau bestimmt wird, sondern auch die Dauer der täglichen Arbeitszeit für den Sommer als auch für die Wintermonate festgesetzt ist.

In Anbetracht aber dessen, daß die Hauptkassen mit den an sie eingesandten Quartalsbeiträgen die stattfindenden Lohnkämpfe nicht in der wirksamen Weise unterstützen kann, wie es notwendig ist, verpflichten sich alle anwesenden Delegierten, mit aller Energie für den Vertrieb der von der Hauptkasse herauszugehenden Extramarken im weitesten Kreise der deutschen Zimmerleute eintreten zu wollen.

Eine längere Debatte ruft die Stellungnahme zur Generalkommission hervor. Von mehreren Seiten wird die Einrichtung des Gewerkschaftsausschusses als die Thätigkeit der Generalkommission hemmend betrachtet und Beseitigung gefordert. Schrader (Mitglied des Gewerkschaftsausschusses) will gleichfalls erfahren haben, daß der Gewerkschaftsausschuss zu schwerfällig sei. Dr. Br. in A., Vertreter der Generalkommission, hat die gegenteilige Ueberzeugung vom Ausschuss gewonnen. Die Hauptaufgabe der Generalkommission sei neben der Agitation die Klärung gewerkschaftlicher Fragen; so würde sie auch nächstens dem Ausschuss die Frage der Kartelle, die den Zentralverbänden gefährlich zu werden drohten, zur Erörterung vorlegen. Auch Stellung zu den Lokalorganisationen werde die Generalkommission nehmen. Nach längerer Diskussion wird das Verhältnis zur Generalkommission beschlossen.

Bezüglich der Agitation wird beschlossen, die Agitationskommissionen beizubehalten und sie mit Geldmitteln aus der Hauptkasse zu unterstützen, die Einleitung und Ueberwachung der Gesamtagitation bleibt Sache des Vorstandes und hat dieser auch die Verantwortung zu tragen.

Es erfolgt die Beratung des Reglements für reisende Mitglieder, sowie von mehreren allgemeinen Anträgen zur Wanderunterstützung und endlich einer Reihe verschiedener Anträge.

Der Sitz des Verbandsvorstandes wird in Hamburg belassen. In den Verbandsvorstand werden gewählt: Schrader als Vorsitzender, Römer als Kassier und Dringmann als Belegler und Redakteur.

Der Sitz des Ausschusses wird in Berlin belassen. Der Sitz der Pressekommision ist Altona.

Ein Antrag Bielefeld, der Hauptvorstand solle alljährlich Maimarken zu 50 % für die am 1. Mai zur Arbeit gelangenen Mitglieder herausgeben, deren Ertrag der Hauptkassierkasse zu fallen soll, ruft eine lebhafteste Debatte hervor. Der Antrag wurde angenommen.

Der Wunsch nach Einberufung eines Kongresses aller am Bau beschäftigten Arbeiter führt zu einer Diskussion, in der betont ward, daß vor der Hand die Verhältnisse der Zimmerer noch nicht für einen Industrierverband reif seien, erst müsse die Agitation bei den Zimmerern andere Dimensionen annehmen. Der diesbezügliche Antrag wird aus diesen Gründen abgelehnt.

Es wird noch eine Resolution angenommen: Die zu Halberstadt tagende Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer Deutschlands bedauert, daß es ihr nicht möglich ist, zur diesmahligen Maßfeier noch definitiv Stellung nehmen zu können. Sie spricht die Erwartung aus, daß in Zukunft mehr wie bisher innerhalb der Zimmererorganisation durch Wort und Schrift darauf hingewiesen wird, daß der 1. Mai als Weltfeiertag durch Arbeitsruhe zu begehen ist.

Die Generalversammlung des Berg- und Hüttenarbeiterverbandes tagte in Helmstedt. 22 Delegierte waren anwesend. Der Verband hat in den letzten neun Monaten 34 pzt. an Mitgliedern gewonnen und zählt jetzt 11 000. Die Einnahmen des Verbandes betragen im letzten Geschäftsjahr M. 20 989,89, die Ausgaben M. 13 304,53, das Gesamtvermögen beträgt M. 16 000. Der Beitrag, der bisher 30 % pro Monat betrug, sollte erhöht werden. Doch sind die meisten Redner dagegen, weil es schon jetzt schwer halte, die Beiträge einzutreiben. Trotzdem legt man der Vorsitzende Müller im Interesse der größeren Leistungsfähigkeit des Verbandes für höhere Beiträge sprachen, wurde ein dahingehender Antrag doch abgelehnt. Ueber die Presse erstattet H. u. E. Bericht. Die Versammlung ist mit der Redaktion der „Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ zufrieden. Beschlossen wird eine Erhöhung des Postabonnements auf M. 4,50 pro Quartal mit der Begründung, daß die Postabonnenten fast nur aus Staatsanwälten, Bürgermeistern und Postbeamten bestehen, und die könnten den Preis bezahlen. Die Gründung eines politischen Organs wurde abgelehnt. Nach

Erledigung interner Verbandsangelegenheiten fand Schluß der Generalversammlung statt.

Ein Kongress der Sattler Deutschlands tagte am 18. April in Erfurt. Anwesend waren 44 Delegierte, auch ein Vertreter aus Wien war anwesend. Sassenbach, Verkau referierte über den 1. Punkt der Tagesordnung: „Das Verhalten der Regierung gegenüber der Petition der Sattler Deutschlands.“ Ueberall sei eine rege Agitation für Abschaffung der Uebelstände im Sattlergewerbe bemerkbar. Die schlimmsten Uebelstände seien die Hausindustrie und das Zwischenunternehmertum. Um Beseitigung dieser das Gewerbe zu Grunde richtenden Miswirtschaft wurde im Jahre 1894 eine Petition an den Kriegsminister gerichtet. Die Antwort siehe heute noch aus. Es wurde dann später die Angelegenheit im Reichstage zur Sprache gebracht. Der Kriegsminister v. Goltz hat damals zugegeben, die Petition erhalten zu haben, meinte aber, er sehe sich gleich seinem Amtsvorgänger nicht veranlaßt, mit „unbekannten Leuten“ in eine Diskussion über prinzipielle Fragen einzugehen. Diese Antwort hat mit Recht in ganz Deutschland große Mißbilligung hervorgerufen. Sassenbach empfiehlt, Petitionen an sämtliche Fraktionen des Reichstages und der einzelnen Landtage, die Kriegsministerien der einzelnen Staaten zu richten und auch die Presse für die Sache mehr zu interessieren.

Der Petition wird folgende Fassung gegeben: . . . an das Kriegsministerium die Bitte zu richten:

In den Verträgen, welche zwischen dem Kriegsministerium und Firmen, die sich um Militärarbeit bewerben, abgeschlossen werden, ist folgende Bestimmung aufzunehmen:

„Der Unternehmer verpflichtet sich, die übernommenen Arbeit in eigenen Werkstätten anzufertigen. Das Weitergeben derselben an Zwischenunternehmer und Hausindustrielle ist untersagt.“ Ferner wird gebeten, die dem Kriegsministerium unterstehenden Behörden und die Regimenter anzuweisen, in die von ihnen abzuschließenden Verträge dieselbe Bestimmung aufzunehmen.

Die Petition ist ausführlich begründet. Die Debatte über die Petition wird nach 2 1/2 stündiger Dauer geschlossen und die Petition mit einem von Adh. Dresden gestellten Zusatzantrage („Sämtliche Vertreter in den Gesetzgebenden Körperschaften haben dafür zu sorgen, daß in den staatlichen Werkstätten (Arsenale) die dort beschäftigten Arbeiter an ihrem Beitritt zu einer Organisation nicht verhindert werden“) mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Ein weiterer Punkt lautet: „Die Gefängnisarbeit in unserem Gewerbe.“ Die Konkurrenz im Sattlergewerbe durch Gefängnis- und Zuchthausarbeit nehme überhand, führte Kästner-Erfurt aus: Vollständige Abhilfe hierin sei jedoch unter den heutigen staatlichen Verhältnissen keinesfalls zu erhoffen. Es könne sich also nur darum handeln, die argsten Auswüchse dieser Konkurrenz zu beseitigen. Hierzu Wege zu finden, sei Aufgabe des heutigen Kongresses. Bielefeld hieß man den Wunsch auf gänzliche Beseitigung der Gefangenearbeit. Doch dieser Forderung könne er nicht zustimmen. Es würde dies für längere Zeit Inhabitive sicherlich Geisteskrankheit zur Folge haben. Zu empfehlen wäre dagegen eine Beschränkung der Gefängnisarbeit.

Nach langer Debatte wird eine Kommission gewählt, die das Material über die Schädlichkeit der Gefängnisarbeit in den einzelnen Orten sammeln soll, damit es der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion überliefert werde. Offenbach wird als Sitz dieser Kommission gewählt.

Die Generalversammlung der Sattler und Tapezierer tagte gleichfalls in Erfurt. 18 Delegierte waren durch 21 Delegierte vertreten. Vereinnahmt wurden in der Berichtsperiode insgesammt M. 29 476,47, die gesammten Ausgaben betragen M. 24 088,40, so daß insgesammt ein Ueberschuß von M. 5888,07 erzielt wurde. Unter den Ausgaben befinden sich M. 7209 für das Verbandsorgan, das sind 24 pzt. der Mitgliederbeiträge, M. 915,70 für Generalversammlungen und Kongresse, M. 878 für Agitation, M. 864 für Streiks, M. 295 für Vertikalkosten, M. 312 als Beitrag für die Generalkommission. Der Mitgliederbestand ist seit 1894 von 1306 auf 2458 gestiegen. Für Lohnkämpfe sind aus einem besonders gestifteten Streikunterstützungsfonds M. 19 271,50 verausgabt worden. Beschlossen wurde u. A., daß die direkte Leitung eines Streiks nur Kollegen übertragen wird, die an dem Streik selbst beteiligt sind; ferner, daß ein Streik nur dann für „berechtigt“ zu erklären ist, wenn 1/3 der Beteiligten durch geheime Abstimmung für den Ausstand sich erklären.

Der Verband der deutschen Tabakarbeiter zahlte seit dem 1. Januar 1884 bis Ende 1898 an Unterhaltungen u. z.: Für Streiks M. 216 797,40, für Gemahregelte M. 47 961,50, für auf der Reise befindliche Mitglieder M. 291 035,70, beim Ableben der Ehehälften M. 30 508, bei Umzug M. 5440,22, aus freiwilligen Beiträgen M. 43 532,10, für arbeitsunfähige Kranke M. 67 954,85, für Agitation M. 17 089,31, für das Fachorgan M. 258 870,37. Summa M. 969 189,75. Davon allein in den letzten zwei Jahren M. 190 754,07. Das ist eine anerkenntnenswerthe respektable Leistung, die sicher noch viel größer wäre, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie nicht ebenso gleichgültig und indifferent ihr eigenes Interesse vernachlässigten, als die Arbeiter aller anderen Berufe.

Im Verband deutscher Brauer wird eine Urabstimmung über die Einführung eines obligatorischen Streikfonds vorgenommen werden. Der Schlußtermin der Abstimmung ist der 31. Mai d. J.

Literarisches.

Die Rechte der Angeklagten. Ein unentbehrlicher Ratgeber und Wegweiser im Strafprozeß. Es nennt sich eine Broschüre, die als erstes Werk einer „Bibliothek des praktischen Wissens“ im Verlag unseres Kollegen Arthur Bergmann zu Breslau erschienen ist und die wir nicht ansehen, hier als eine sehr verdienstliche That zu bezeichnen. Wenn unter der Hochschul neuer Erscheinungen auf dem Büchermarkte irgend etwas von wirklich allgemein praktischem Werte ist, so ist es diese kleine Arbeit, die im engsten Rahmen und in leichtverständlicher Sprache ersichtliche Belehrung bietet sowohl den schon Angeklagten, wie all' denen, welche angeklagt werden könnten. Ein Urtheil über Umfang und Bedeutung der Arbeit ermöglicht einigermaßen die folgende Inhaltsangabe: Der Angeklagte und die Richter. — Die öffentliche Klage. — Die Voruntersuchung. — Beschlagnahme und Hausdurchsuchung. — Verhaftung und vorläufige Festnahme. — Vorbereitung zur Hauptverhandlung. — In der Hauptverhandlung. — Von den Rechten des Angeklagten in der

Hauptverhandlung. — Ablehnung von Klärern. — Verfahren gegen Abwesende. — Berufung. — Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. — Revision. — Wiederaufnahmeverfahren. — Privatklage und Widerklage. — Gegen polizeiliche Strafverfügungen. — Strafvollstreckung. — Warnung vor Winkeltinsulanten. — Da der Preis des kleinen Buches — 75 ϕ — in Anbetracht des Nutzens, den es Jedem schaffen kann, ein wirklich geringer genannt werden darf, empfiehlt sich die Anschaffung desselben, welches beim Herausgeber A. Bergmann, Breslau, Adalbertstraße 26, zu haben ist, ganz besonders gerade den Arbeitern.

Von Band III des „Volls-Regikon“, herausgegeben von Emanuel Wurm, Verlag von Birklein & Komp., Nürnberg, sind weitere 5 Hefte (Nr. 64—68) erschienen, in denen folgende größere Artikel enthalten sind: Kupfer (dessen Legierung), Kupferchemie, Kirschnere (Belzhaaren, Belzhandel), Kautschuk, Lampen (Petroleumlampe, Benhamlampe, Gasglühlicht, elektrisches Hogenlicht), Landwirtschaft und deren Betrieb, Landwirtschafts- oder Agrarpolitik (Agrarfrage, Besitzverhältnisse, Gesinde, Dienstmleute, Sachfengänger, Agrarfrage in der sozialdemokratischen Partei), Latifundien (Großgrundbesitz), Leben und Tod (Entwickelungsgeichte des Organismus), Leder (dessen Zurichtung und Verarbeitung), Leichenbestattung, Leichhäuser, Leim, Licht und dessen Lehre, Lithographie, Logik, Lotterie,

Lübeck, Luxemburg, Luxus, die Insel Madagaskar, Magnetismus, Malerei, Maße und Gewichte, Mathematik, Maurer, Mechanik, Medizin (Heilkunde, Schulmedizin, Naturheilkunde, Geschichte der Medizin, theurgische, ägyptische, indische, jüdische, griechische, römische u.), Menschenaffen, Metall (Industrie, Arbeiter), Methan (Sumpfgas, Grubengas, Erdöl, Steinöl), Mexiko (Republik), Methe (Vertrag, Kläubigung u.), Militärgesetzgebung, Militärgerichtsbarkeit, Militärorganisation, Militär und Seeweien (Anfang). — Alle 14 Tage erscheint ein Heft. — Das Volls-Regikon kann durch alle Buchhandlungen, Kolportage usw. und auch durch jede Postanstalt bezogen werden. Es ist im deutschen Postzeitungskatalog unter Nr. 7089, im bayerischen Postzeitungskatalog unter Nr. 772 eingetragen.

sie zur Befriedigung der Ehefrau und der ehelichen Kinder des Schuldners wegen solcher Elemente beantragt wird; in allen anderen Fällen nicht.
Reibronn, G. E. Bohnerbüchsen, wie gewünscht, erhalten Sie bei Herrn Ernst Böge jr., Halle a. S., vielleicht auch bei Herren Hecht & Schreiber in Webersleben a. Harz und Robert Wolff, Stollberg i. Sachsen.
 1296. Hugo Müller in Zeitz und Gebrüder Reichstein in Brandenburg a. S. liefern Kinderwagen.
 Frankfurt a. O., G. F. Werben die Frage in einer der nächsten Nummern behandeln. Gruß.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.
 (E. S. 3 in Hamburg.)

Achtung!

Dem Mitgliede **Georg Vorchard** aus Kirchditmold ist vor einiger Zeit auf der Reise von Kassel nach Braun-schw. sein Mitgliedsbuch Nr. 88110 (und auch Legitimations-papier) gekohlen worden. Die Ortsverwaltungen werden er-sucht, das Buch anzuhalten, im Falle sich Jemand damit meldet. Der Vorstand.

Briefkasten.

Freiberg, A. O. Die Generalmusterung findet, wie uns gesagt wird, doch erst im Juni statt.
 H. J. B. Eine Beschlagnahme und Pfändung des Lohnes ist zulässig zur Dedung der direkten persönlichen Staatssteuern und Kommunalabgaben, wenn diese Steuern und Abgaben nicht länger als drei Monate fällig gewesen sind. In diesen Abgaben gehören auch solche an Kreis-, Kirchen-, Schul- und sonstige Kommunalverbände. Ferner ist Beschlagnahme zulässig, wenn

Berjammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 ϕ .)
Brannschweig. Sonnabend, 8. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im „Rheinischen Hof“, Weidenstraße 45.
Bünde. Sonntag, 9. Mai, Nachmittags 4 Uhr, beim Birch Berling, vormals Kibel.
Dresden. Verein der Holzarbeiter. Dienstag, den 4. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im „Bürgerbräu“, Altmarkt 8, 1. Et. Vortrag des Genossen Bogarell. Am 16. Mai: Aus-flug über Niederwartha nach Wilsdruff. Der Vertrauensmann.
Grösch. Sonnabend, 8. Mai, Abends Punkt 8 Uhr im „Veldere“, Ranzschwalderstraße.
Schmölau. Sonnabend, 8. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur Börse“. Tages-ordnung: 1. Abrechnung, 2. Berichtedenes. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Die Ortsverwaltung.
Waldheim. Unsere Mitgliederversamm-lungen finden jeden Sonnabend vor dem 1. und 15. jedes Monats statt und werden laut Beschluß vom 1. April ab Punkt 8 1/2 Uhr eröffnet. Die Kollegen werden ersucht, regel-mäßig und pünktlich zu erscheinen.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Num-mer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verein.
Doberan. Herberge und Berjammlungs-lokal Gasthof „Stadt Doberan“, Am Schützen-platz. Bevollmächtigter Heinrich Beebe, Neue Reihe 92.
Strasburg i. Elz. Den reisenden Kollegen zur Beachtung, daß die Herberge von der Wirtshaus, Alte Kornstraße 1, nach der Wirtshaus „Zum goldenen Kessel“, Gerber-gadenplatz, verlegt worden ist.
Die Ortsverwaltung.
Verden. Verkehrslokal bei Strohtmann, Adreasstr. 9. Reiseunterstützung zahlt Peur.
Thiel. Wäskenthof 19. Mittags von 12—1 und Abends von 8—9 Uhr aus.
Der Arbeitsnachweis und das Verkehrslokal der Stellmacher Berlin befinden sich Wasserstr. 9. Die Arbeitsausgabe findet an den Wochentagen Vormittags von 8—10 Uhr wenigstens fünfmal. Die Agitationskommission.

Dieser, welche den Aufenthalt meines Sohnes Wilhelm Wohlers, Tischler, kennen, werden dringend gebeten, seiner alten Mutter Wwe. Wohlers, Hemelinger Brauerei, in Hemelingen b. Bremen, die Adresse mitzutheilen.
 Dringender Angelegenheit wegen erliche ich wohlwollende Freunde um die Adresse des Tischlers Florian Joh. Wrobel aus Gleiwitz i. Schl., zuletzt in Reichenbach i. S., Auerbach, Chemnitz, Freiberg und Oederan gewesen. Besen Dank im Voraus. Porto wird vergütet.
Hermann Jakob,
 Gera (A.), Unterhand, Bismarckstr. 19.
 Folgt August Wilde, Schreiner, wo ich dich zu? Bitte, theile mir umgehend Deine Adresse mit.
Ludwig Eckert, Schreiner,
 Schramberg, Knechtstr.

Julius Schmalkuchen, Tischler aus Brannschweig, sende Deine liebe Eltern Grände Aug. Bürkle, Tischler in Heilbronn, Kari-strasse 7, 2. Et. [50 ϕ]

Gesucht auf sofort
2 Tischlergejellen.
 H. Speidel, Tischlermeister,
 Sankteder b. Stadt i. S.

Lüchtiger Stahlbauer
 findet Arbeit bei
Gebr. Müller, Wurzen i. S.

Ein tüchtiger Drechsler,
 welcher selbstständig mein Geschäft führen kann und gut auf polierte Arbeit eingest. ist, wird zu sofort gesucht.
C. Brandt Wwe., Drechslerei,
 Barel in Odenburg.

Ein tüchtiger
Särstenergehilfe,
 der auch bohren kann, wird gesucht.
Ernst Knierim, Wermelskirchen.

Korbmacher
 auf Zusatze, bei gutem Lohn, sucht
H. Teichmann,
 Dresden-A., Konfordienstr. 74.

Ein Korbmachergehilfe
 findet dauernde Beschäftigung auf Werkstätte.
Albin Erlor, Altenburg (S.-A.).

5-6 Korbmacher
 auf geschlossene Korbarbeit und Grün. Dauernde Beschäftigung.
B. Ulrich, Korbfabrik,
 Säfien (Anhalt).

Zwei tüchtige Gesellenarbeiter
 auf Bambus- und Rohr Möbel per sofort bei hohem Lohn gesucht.
Chr. Hackenschmidt,
 Straßburg i. Elz.

Tischlerei mit Möbelmagazin
 in einem Badenort Thüringens ist mit geringer Anzahlung billig zu verkaufen. Offerten unter L. H. 20 an die Exped. d. Bl.

In der Umgegend von Halberstadt ist eine seit 20 Jahren mit Erfolg betriebene
Tischlerei
 für den Preis von M. 6000 sofort zu verkaufen. Anzahlung M. 1800. Offert. unter K. B. 21 befördert die Exped. d. Bl.

Gedrehte Tischstühle
 sind stets vorrätig u. i. größer. od. kleiner. Posten preiswerth abzugeben. Gefällige Anfragen erbeten unter H. N. 6758 durch **Rudolf Mosse, Hamburg.**

Allen Kollegen von der Altstadt, St. Georg, G. Hohenfelde, Borgfelde und Hammerbrook bringe ich meine **Kolportage** freundlichst in Erinnerung und bitte ich, meine Adresse bei Bestellungen auf das „Hamburger Echo“ und sonstige Schriften zu berücksichtigen.
Ph. Arnold, Hamburg-St. Georg,
 hinter dem Strohhause 8, 3. Et.

Habe noch zehn
100 Ztr. Schweinehaare,
 nur trockene Landwaare, auf Lager, welche ich zum Preise von M. 20 pro Zentner abgebe.
Ferdinand Schmelzer,
 Ritz a. d. Rabe.

Stomke's
Städtebuch
 für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, mit farbiger Offenbach- und Regalarie von Deutschland und angrenzenden Ländern. 356 Seiten Text in Leinen gebunden, Preis M. 1,60. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, oder gegen Einsendung von M. 1,80 (auch in Briefmarken) von
G. Stomke's Verlag, Bielefeld.

für nur M. 5,
 mit Klaviertastatur M. 5,50, verleihe ich eine hochfeine, extra stark gebaute, rein abgestimmte Konzert-Zugharmonika „Westfalia“, 36 cm hoch, 10 Tasten, 2 Register, 40 garantierte gute Stimmen, 2 Klänge, 2 Zuhalter, offene Mittel-Klavatur, 3 Klänge, unverwundliche Extrabälge mit Stahlschnecken, 24brige unüber-trefflich starke Orgelmusik. Dasselbe Instrument, 24brig, mit 3 Registern, nur M. 7,50. Dasselbe Instrument, 24brig mit 4 Registern, Größe 38 cm, nur M. 9. Ein Instrument mit 6 Registern, 24brige Orgelmusik, nur M. 13. Ein Instrument, 24brig, mit 2 Reihen (19 Tasten), Größe 38 cm, nur M. 12. Eine hochfeine **Alford-Zither** mit sämtlichem Zubehör nur M. 10. Schulen, wonach das Spielen in einer Stunde zu erlernen ist, gratis! 10 Jahre Garantie leihe für die Halt-barkeit der Tastenseberrn. Verpackungsfreie frei. Porto 80 ϕ . Man bestelle bei **Robert Huser, Rennerode (Westf.).**

Fachschriften!
 Kataloge gratis und franko.
Joh. Sassenbach, Bücherverlag, Berlin 4.

Zeichen-Bureau!
 vor 9 Jahren spez. für d. Gebiet der Tischlerei gegründet, liefert Bleistift-Entwürfe im Maß-stabe 1:10 nach Angabe, sowie auch natur-große Werkstatt-Zeichnungen.
Neues Vorlagenwerk für d. Bautischlerei,
 30 Tafeln, nur praktische Skizzen, Maßstab 1:10, mit Kalkulation für Zeit und Material, M. 13 in Farbendruck.
Neues Vorlagenwerk f. d. Möbeltischlerei,
 30 Tafeln, einfach ausführbare Entwürfe, Maß-stab 1:10, mit Kalkulation für Zeit und Material, M. 12 in Farbendruck.
 Belehrung über korrekt zu machende Kosten-Boranschläge wird jedem Werte gratis beigelegt.
Ernst Rettelbusch,
 früher Tischler, Zeichner und Werkführer, jetzt technisches Bureau für Tischlerarbeiten, Nürnberg, Burgschmiedstraße 19.

Genossen! Kauft nur den Bleistift
 „Solidarität“
 von Jean Blos, Stein bei Nürnberg.

Paul Horn, Hamburg
Fabrik chemischer Produkte.
Comptoir: Hamburg, Admiralitätstrasse No. 23.
Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.
Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattino, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auf-tragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, ent-fernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
Paul Horn's Fließsteinpapiere sind überall gelobt, da scharf und scharf.
Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
Paul Horn liefert La. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
Paul Horn ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Aus-stellung 1889.
Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Ham-burg 1889.
Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Massen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.
1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Von der Firma **Wimpfheimer & Co., Tuchausstellung,** Augsburg, liegt der heutigen Nummer ein Prospekt bei, worauf wir unsere Leser aufmerksam machen.
 Verlag: A. Köhle, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Weide in Hamburg.